

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnementspreis pränumerando:  
 Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,  
 wochentlich 25 Pf. incl. ins Post-  
 Einsteine Nummer 5 Pf. Sonntags-  
 Nummer mit illustrierter Sonntags-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-  
 Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal.  
 Eingetragen in der Post-Zeitung-  
 Preisliste für 1900 unter Nr. 7971.  
 Unter Kreuzband für Deutschland und  
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das  
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.  
 Erscheint täglich außer Montags.

**Die Insertions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsstelligen Nummern-  
 zeile oder deren Raum 40 Pf., für  
 politische und gesellschaftliche Vereins-  
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pf.,  
 „kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pf.,  
 (nur das erste Wort frei). Inserate für  
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr  
 nachmittags in der Expedition abgegeben  
 werden. Die Expedition ist an Wochen-  
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und  
 Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.  
 Anzeigenpreis: Amt I, Nr. 1508.  
 Telegramm-Adresse:  
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2. Fernsprecher: Amt I, Nr. 1508. **Donnerstag, den 18. Oktober 1900.** Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3. Fernsprecher: Amt I, Nr. 5121.

### Hohenlohes Flucht vor der Verantwortung.

**Köln, 17. Oktober.** Die „Köln. Zeitung“ meldet, der Kaiser habe das Entlassungsgesuch des Fürsten Hohenlohe, welches dieser gestern überreichte, angenommen.

Der Reichstag soll, wie nunmehr offiziell bekannt gemacht wird, zum 14. November einberufen werden. Um die Leser nicht irre zu führen, sei hinzugefügt, daß offenbar der 14. November 1900 gemeint ist, nicht etwa der des Jahres 1901 oder 1902, was ja an sich auch möglich wäre; denn wenn leitende Personen der Regierung die größten Unternehmungen beginnen, ohne das Parlament auch nur zu befragen, so ist eine solche Eile gar nicht notwendig. Die Rechte des Reichstags werden nicht im mindesten geschädigt, ob er nun die Kostenrechnung für bereits verausgabte Summen jetzt oder übers Jahr oder über ein Jahrzehnt zur Kenntnis nimmt. So wie die Dinge jetzt liegen, ist das Parlament doch nur eine Art Decharge-Erteilungsmaschine nach dem Muster der Generalversammlungen von Aktiengesellschaften. Ihre bürgerlichen Parteien hätten es auch verwunden, wenn man sie erst im Dezember oder Januar oder sonst einmal gelegentlich nach Berlin bemüht hätte, um sich darüber zu informieren, was die regierenden Herren inzwischen gethan und verausgabt haben. Sie begnügen sich zu klagen, zu jammern, zu entrüsten, aber die Kraft zur wirksamen Gegenwehr fehlt ihnen völlig.

Die Reichstags-Einberufung ist in Homburg beschlossen worden, wo der Kaiser mit Hohenlohe, Bälou, Luccas und dem Chef des Marineministeriums Sander-Schönbach konferiert hat.

Fürst Hohenlohe hat diese Gelegenheit benützt, um sein Entlassungsgesuch einzureichen und nun endlich auch die formelle Bestätigung zu erhalten, daß er mit der Regierung nichts zu thun habe.

Fürst Hohenlohe, der Verantwortliche des chinesischen Abenteuers, der einzige auch, der nach seinen Vermögensverhältnissen in der Lage wäre, für die Kosten des Unternehmens haftbar gemacht zu werden, falls die Mehrheit des Reichstags — was allerdings ausgeschlossen — den Mut finden würde, die Kostenbewilligung abzulehnen, der keine Herr Reichskanzler wird nicht mehr dem Reichstag gegenüber die Schönheiten des Apatitums und der budgetlosen Wirtschaft zu verteidigen nötig haben.

Es ist höchst sonderbar, daß Fürst Hohenlohe, der sich bisher mit rühmlichem Heldenmut förmlich dazu gedrängt hat, die Verantwortung für geschehene Taten zu übernehmen, auch wenn sie ihn in keiner Hinsicht etwas angingen, plötzlich sich dazu entschlossen hat, den Kanzlerstuhl zu verlassen. Noch sonderbarer ist es allerdings, daß er erst jetzt diesen Schritt thut; er hätte einen würdigen Abgang in den ersten Zeiten der Chinakrise gefunden, es wäre keine unbeträchtliche Auszeichnung seines Charakters gewesen, wenn der in liberal-constitutionellen Anschauungen erwachsene Staatsmann schon im Sommer den Apatit ausbezogen hätte.

Indessen, die Verzögerung der Demission mag sich daran erklären, daß Ostel Glodwig erst jetzt von den chinesischen Vorgängen erfahren hat. Unter allen Umständen bedeutet der Rücktritt des leitenden Staatsmanns im jetzigen Augenblick, wo es gilt, dem Reichstag Rechenschaft abzulegen, die schärfste Verurteilung der gesamten Chinapolitik des Grafen Bälou.

Der bisherige Reichskanzler ist vielfach, und vermutlich mit Recht, als der eigentliche Vertrauensmann der nichtpreussischen Bundesfürsten aufgefaßt worden. In seinem Rücktritt liegt so zugleich eine Kundgebung der Stimmungen, wie sie in den meisten Einzelstaaten herrschen dürften, wenn sie einstweilen auch sich nicht öffentlich hervorwagen.

Es charakterisiert die Anarchie unsrer Zustände, daß ein leitender Staatsmann, der nach der Verfassung allein die Verantwortung trägt, eine ungeheure politische Aktion gedenkt hat, ohne daß er jemals Gelegenheit hat, sie im Parlament zu verteidigen, es müßte denn sein, daß Fürst Hohenlohe sich unverzüglich in den Reichstag als — abgeordnetem wählen lassen würde.

Allerdings geht das chinesische Erbe Hohenlohes auf seinen Nachfolger über, und da Graf Bälou wenigstens äußerlich mit dem chinesischen Kreuzzug zu thun gehabt hat, wäre es natürlich, wenn er zum Reichskanzler ernannt würde. Indessen, bei der stehenden Schaffheit der bürgerlichen Parteien, bei dem Mangel eines Ministerverantwortlichkeits-Gesetzes, wird auch, daran ist kein Zweifel, irgend ein Anderer mit fröhlichem Gleichmut die Rolle übernehmen, vor dem Reichstag das Unerhörte lächelnd zu vertreten. Ehe wir keinen wehrhaften Reichstag haben, wird sich das deutsche Volk jede Zumutung gefallen lassen müssen. Wägen wenigstens die Erbschaften, die in der nächsten Zeit statifanden, sich zu einem wichtigen Protest gegen das Elend des herrschenden Systems gestalten!

Der dritte Kanzler des Deutschen Reichs hat sich von seinem Platz geschlichen, der Kanzler des Verhinderers, der immer mehr zum unauffindbaren Kanzler wurde.

Sein Nachfolger wird, wie immer sein Name sein mag, ein geschmeidiger Herr sein, der von der Ueberflichtigkeit seines Amtes tief überzeugt sein muß. Caprivi — Hohenlohe — Herr von Soubiso, es ist der Weg zur völligen Nullifizierung des Begriffs einer verantwortlichen Regierung.

### Depechen.

**Köln, 17. Oktober.** Die „Köln. Ztg.“ meldet aus Berlin: Ueber den Nachfolger des Fürsten Hohenlohe liegen zuverlässige Mel-

dungen zur Zeit nicht vor. Aus der Thatsache, daß Graf Bälou nach Homburg befohlen war und nachdem gestern vormittag Fürst Hohenlohe sein Rücktrittsgesuch dem Kaiser unterbreitete, glaubt man in politischen Kreisen schließen zu müssen, daß der jugendfrische (?) und erfolgreiche (?) Diplomat zum Nachfolger Hohenlohes auszuwählen ist.

**Köln, 17. Oktober.** Die „Köln. Ztg.“ schreibt zum Rücktritt Hohenlohes: Die Nachricht vom Rücktritt des Fürsten Hohenlohe vom Reichskanzleramt sowie vom preussischen Ministerpräsidenten und Ministerium der Auswärtigen Angelegenheiten bietet dem größeren Publikum eine gewisse Ueberraschung, wenn auch Eingeweihte dies seit länger Zeit haben voraussehen können. Politische Beweggründe spielen jedenfalls bei dem Rücktritt eine mehr nebenwärtige Rolle. (111) Der Hauptgrund ist darin zu suchen, daß der Fürst immer mehr die Last seines hohen Alters zu empfinden begann und infolge seines schwankenden Gesundheitszustands sich nicht mehr im stande fühlte, die ganze Verantwortlichkeit zu tragen, die mit seinem arbeitsreichen Dienste verbunden ist. Das Blatt zollt dem scheidenden Reichskanzler ehrende Worte für seine sechsjährige Thätigkeit und sagt unter anderem: Diejenige kämpfende und zurückhaltende Thätigkeit, die der Fürst in der Stille seines Arbeitszimmers ausgeübt hat und die wohl erst späteren Generationen in ihrem ganzen Umfang bekannt werden wird, ist zum Nutzen von Kaiser und Reich am höchsten einzuschätzen. (Werkwürdig, daß das offiziöse Blatt auf einmal das Alter Hohenlohes erndet. Red. d. „Vorw.“)

### China.

Englische Blätter berichten von wahrhaft tollen Forderungen, welche die noch in Peking zurückgebliebenen Vertreter der Mächte an China zu stellen beabsichtigen. Dem „Standard“ wird aus Kientsin vom 15. d. Mts. telegraphiert:

Die unerlässliche Vorbedingung eines befriedigenden Fortschritts in der Regelung der China-Frage ist die Wiederherstellung der Autorität des Kaisers. Das allein wirksame Mittel ist die Erklärung, der Kaiser müsse bis zu einem bestimmten Termin nach Peking gebracht werden, sonst würden die Gräber der Ming-Dynastie zerstört und die Mandchudynastie beseitigt werden. Selbst die Kaiserinwitwe würde dieser Drohung Gehör geben.

Und die „Times“ melden aus Peking vom 12. Oktober:

In einer Versammlung der noch hier befindlichen Vertreter der fremden Mächte wurde am Mittwoch die Grundlage der Verhandlungen besprochen und man kam, ohne einen formellen Beschluß zu fassen, überein, daß die Forderungen, auf deren Erfüllung man bringen müsse, die Befreiung der schuldigen Beamten, die Zahlung einer Entschädigung, die Schließung der Befestigungswerke von Taku und der anderen zwischen Kientsin und dem Meere gelegenen Forts, das Verbot der Einfuhr von Feuerwaffen, die Errichtung einer ständigen Schutztruppe für die Gesandtschaften, die Abkündigung des Tzung-li-Namens, die Ernennung eines Ministers für auswärtige Angelegenheiten, die Suspension der staatlichen Prüfungen auf fünf Jahre in allen Provinzen, in denen Ausländer ermordet seien und schließlich die Bedingung unauflöslich müßten, daß ein geregelter Verkehr mit dem Kaiser ermöglicht werde. Es wurde darüber Uebereinstimmung erzielt, daß allen diesen Forderungen durch kaiserliche Dekrete öffentlich stattzugeben sei.

Diese Nachforderungen übertreffen noch die Wünsche des Herrn Delcassé und würden, wenn die Mächte die Anschauungen ihrer Pekingler Vertreter zu den ihrigen machen sollten, zur weiteren Verschärfung der Friedensherstellung führen.

Die französische Truppe, die schon vor Uebernahme des „Oberkommandos“ durch den Grafen Waldersee gegen Peking aufgezogen war, soll am 15. d. Mts. bereits vor dieser Stadt eingetroffen sein; die Stadt habe keinerlei Widerstand geleistet. Graf Waldersee hat wiederum das Unglück, daß seine Großthaten vollbracht werden, ehe er den Kampfpfad erreicht hat.

Aus Szechina werden weiter Alarmnachrichten über aufständische Bewegungen verbreitet, die jedoch keinerlei Gewähr der Glaubwürdigkeit bieten.

### In Peking.

Das „Reiterische Bureau“ meldet aus Peking: Das Edikt, welches die Befreiung der an den Unruhen beteiligten hohen Staatsbeamten anordnet, wird hier für eine Fälschung gehalten. Prinz Tching und Li-Hung-Tschang bestritten, irgendwelche Kenntnis von der Existenz des Edikts zu haben. Graf Waldersee wird im Kaiserpalast Quartier nehmen. Kleine marobrierende Vorkämpfer verurtheilen in der Nähe des Sommerpalastes die Unruhmüher. Gegen sie wird eine kleine Abtheilung entsandt werden.

### Bericht Dr. v. Rothhorn.

Die Wiener „Politische Korrespondenz“ beginnt mit der Veröffentlichung des Berichts, welchen der österreichisch-ungarische Gesandte in Peking Dr. v. Rothhorn an das Ministerium des Aeußeren über die Ereignisse in Peking in der Periode von der Abschneidung der fremden Vertreter von der Außenwelt bis zum Entsatze der Missionen erstattete. In dem zunächst veröffentlichten Teil wird festgestellt, daß das Tzung-li-Namen ansorgs sich gegenwärtig zu dem Verlangen des diplomatischen Corps nach Entsendung einer Schutztruppe stellte, den Vicelöng in Kientsin anwies, Transportmittel nicht bereit zu stellen und sogar zu einer militärischen Besetzung der Bahnhöfe Taku-Peking schritt. Erst auf dringendes Verlangen gab das Tzung-li-Namen am 31. Mai den fremden Vertretern bekannt, daß sich die chinesische Regierung der Entsendung einer Schutztruppe nach Peking nicht widersetzen wolle. Zugleich wird in dem Bericht festgestellt, daß schon in dem damaligen Stadium ungewissheit aus allen Vorkommnissen und Anzeichen hervorging, daß die Vorkämpfer hochgestellte Männer hatte und sich namentlich in chinesischen Militärkreisen der ausgezeichnetsten Sympathien erfreute.

### Ohne Waldersee!

Weglich der Expedition nach Paoingfu meldet der „Standard“ aus Kientsin: Die Verbündeten erreichten am 13. d. M. Taku, ohne auf Widerstand zu stoßen. Am 12. passierten 400 Franzosen diesen Ort auf dem Weg nach Schingtsien, wo sie die dortigen Katholiken befreien wollten. Am 15. langte in Kientsin die Nachricht an, daß die französische Truppe Paoingfu erreicht habe und daß die chinesischen Behörden die Stadt ohne weiteres übergeben hätten. Die Franzosen, heißt es, bewachen jetzt die Eisenbahn. Das Telegramm vom 16. Oktober berichtet: Da die Expedition nach Paoingfu lange vorher angekündigt worden war, hatten die chinesischen Beamten und wohlhabenden Bewohner von Paoingfu alle ihre Verfahrnisse nach der Grenze von Honan gesandt; die Stadt war fast verlassen.

### Im Süden.

**London, 17. Oktober.** Ein Telegramm der „Morning Post“ aus Shanghai besagt: Nach Berichten aus Kiangning haben die Aufständischen aus Kwangsi die Grenzstadt Kwangning erobert und werden sich alsbald mit den Sanhohwei-Leuten und der Rebellen aus Kwangtung vereinigen.

Der bisherige Gouverneur von Honan, Jä, ist nach Supeh versetzt worden; dies bedeutet für den Einfluss, den der fremdenfreundliche Vicelöng Tschang-Tschang ausübt, einen schweren Schlag. Die Ernennung Jä zum Gouverneur einer Jiangtseprovinz befindet den wohlüberlegten Plan Tuans, das Vogertum auch in das Jiangsegebiet hineinzutragen. (11)

**Hongkong, 17. Oktober.** (Meldung des „Reiterischen Bureau.“) Die Rebellen im Hinterlande sollen sich, wie es heißt, in der Nachbarschaft von Paknasa, etwa vierzig Meilen nordöstlich der britischen Grenze, konzentrieren. Dieselben beabsichtigen augenscheinlich, sich mit den Aufständischen vom Ostflusse in der Nachbarschaft von Aweilichon zu vereinigen. Admiral Hoos Truppen rücken heute von Samchun zu ihrer Verfolgung vor. An der britischen Grenze und im neuen britischen Gebiet ist alles ruhig.

### Politische Ueberflucht.

Berlin, den 17. Oktober.

### Ein agrarisches Wohnungsgefeß.

Die „Verl. Pol. Nachr.“ kündigen heute an, wie der preussische Junker die Wohnungsnot zu kurleren gedenkt. Die Fürsorge der Schaffung geeigneter und preiswürdiger Wohnungen für die große Masse der Bevölkerung wird der Privatthätigkeit und den Gemeinden zugesprochen. Die Aufgabe des Staats aber wird also angezeigt:

„Will man auf die Dauer gesunde Wohnungsverhältnisse schaffen und erhalten, so wird auch durch entsprechende gesetzgeberische Maßnahmen dafür zu sorgen sein, daß der Zugang nach solchen Ortschaften an die Vorbedingung geknüpft wird, daß der Neuzuziehende über eine den Bedürfnissen seiner Familie entsprechende Wohnung verfügt. Eine solche Beschränkung des Zugangs ist die unerlässliche Voraussetzung für die Befestigung unbefriedigender Wohnungsverhältnisse durch private und gemeinnützige Thätigkeit. Ohne sie wird das Uebel, dem man steuern will, niemals an der Wurzel angegriffen, sondern es erneuert sich immer wieder die Ursachen, welche zu den jetzt vielfach hervorgetretenen Missetänden geführt haben. Eine solche Maßregel wäre aber auch zweifellos von erheblicher sozialer Bedeutung. Sie würde dem ungelunden Zustrom in der Bevölkerung in die großen Städte und in die industriellen Centren insofern entgegenwirken, als sie den Zuzug auf bescheidenen Orten beschränkt werden würde, welche an den betreffenden Orten bereits eine sichere Arbeitstätte gefunden haben.“

Damit kündigt der Offiziosus des Herrn v. Miquel für die nächste Landtagssession einen Gesetzentwurf an, der den höchstnötigen Ansprüchen der preussischen Reaktion an die Seite zu stellen ist. Es wird Ernst mit der Vernichtung der Freizügigkeit für die Arbeiter.

Und dieses schmachvolle Attentat auf ein wesentliches Grundrecht der modernen Zeit, auf eine Lebensnotwendigkeit gerade der unbemittelten Bevölkerung, wird in tüdischer Heuchelei unter der Etikette einer Wohnungsreform angeboten.

Statt die schwer drückende Wohnungsnot der arbeitenden Klassen zu mildern und zu beseitigen, wird diese Not den herrschenden Klassen in Preußen zur Gelegenheit, neue Mißthaten wider die Bevölkerung Preußens zu verüben.

Es ist Aufgabe der Arbeiterklasse in Preußen, ohne Verzug mit Aufbietung aller Mittel und Kräfte dieser neuesten Schändlichkeit des reaktionären Regiments sich machtvoll entgegenzusetzen! —

### Die junkerlichen Normenherer

seyen alle Segel bei, um gelegentlich der bevorstehenden Verhandlungen über die Erneuerung der Handelsverträge den Liebesgaben-Bischzug möglichst reichlich zu gestalten. Ein sechs Mark Zoll für den Doppelcentner Roggen wird in der agrarischen Presse als das Minimum des zu Erstrebenden bezeichnet, lieber aber würden sie acht oder gar zehn Mark Zoll erheben sehen. Im gleichen Verhältnis sollen dann auch alle übrigen Lebens- und Genussmittel unter der Zoll- und Steuergrube bluten.

In einer Zeit, wo der wirtschaftliche Niedergang von allen Seiten droht, wo das Unternehmertum überall Vorbereitungen trifft, um die Löhne wieder herabzusetzen und die Arbeitsbedingungen zu verschlechtern, in solch bedrängter Zeit will junkerliche Habgier auch die Preise der notwendigsten Lebensmittel künstlich ins Ungemessene steigern; gegen eine solche Politik werden die Arbeiter bis zum letzten Mann in den Kampf eintreten.

Gegenüber dem unerschütterlichen Treiben der heulustigen Grund und Schloßhüter gilt es, die Interessen der Konsumenten mit aller Energie zu wahren. Im Reichstage erzielen die Brotwucherer sicher eine Majorität auch für die ausschweifendsten Forderungen, wenn die Wählermassen nicht rechtzeitig mobil machen und den Böllnern ein Licht aufsteden. Auf die Regierung ist kein Verlaß, denn sie steht unter der Führung des Grafen von Posadowsky ganz unter agrarischem und schutzöllnerischem Einfluß.

Unter solchen Umständen wird es höchste Zeit, daß die Konsumenten sich rühren, um das ihnen drohende Unheil abzuwenden.

Von untrer Parteileitung sind Vorbereitungen getroffen, um durch Flugblätter und Protestversammlungen die Massen aufzurütteln. Sollten die angeforderten ungeheuren Zollsätze wirklich Aufnahme in die neuen Vorlagen finden, so dürfte ein Proteststurm dagegen in Scene gehen, wie Deutschland ihn noch nicht erlebt hat.

Unsre Parteipresse hat den Kampf gegen den Brotwucher bisher schon mit aller Entschiedenheit geführt, sie wird ihn fernerhin steigern in dem Maße, wie die agrarische Unverschämtheit bestimmtere Formen annimmt.

An unsre Genossen im Reich aber möchten wir die Aufforderung richten, überall die nötigen Vorbereitungen zu treffen für eine umfassende und mit aller Energie geführte Agitation gegen den im größten Umfang geplanten Brot- und Lebensmittel-Wucher.

Parteigenossen, seid auf dem Posten! —

## Deutsches Reich.

**Majestätsbeleidigungen in Ohnganz.** Das Kleine Hoffjournal hält sich für seine Anmündelungen diverser Gottesgnaden-Personen dadurch schuldig, daß es ausländische Potentaten verhöhnt. So lesen wir heute in dem Blatt:

„Der Kaiser Kwangsi wird aber jedenfalls sehr häufig auf Kostümbällen paradiert, da ihn darzustellen nur ein möglichst dummes Ausdrück nötig ist.“

Die seltsame Umsturzvorlage wollte die Angriffe auf die Monarchie ganz allgemein strafbar machen und auch die Kränkung ausländischer Fürstlichkeiten verhindern. Der Ober-Eunuch von Ohnganz aber wagt es, den Monarchen, der über 400 Millionen Menschen regiert, eines dummen Gesichtes zu beschuldigen.

Es graust uns auszuendenken, was Herr Leipziger über europäische Staatshäupter schreiben würde, wenn er zufällig das Kleine Hoffjournal Sr. Majestät des Kaisers Kwangsi herausgeben würde.

**Deutsche Chinakultur.** Ein Herr Widmark, der in Peking mit den Gesandten eingeschlossen war, hat dem Korrespondenten der „Frankf. Ptg.“ folgende ebenso reizvolle als dem Gedächtnis zu bewahrende Schilderung aus den Tagen der „Belagerung“ erzählt:

Natürlich fehlte es auch nicht an humoristischen Vorkommnissen. Widmark war mit einem andern Freiwilligen auf Patrouillengang ausgezogen. Aus Abenteuerlust dehnten sie den Gang in die Chinesenstadt aus, dort einen ihnen entgegenretenden Boger — diese waren nur mit Säbel bewaffnet — schnell erledigend. Als sie um die nächste Straßenecke kommen, sehen sie plötzlich zehn reguläre chinesische Soldaten, die nebenher bemerkt alle mit dem modernsten Mausegewehr bewaffnet sind. Nun hatte der eine der Patrouillengänger nur einen Revolver, Widmark einen Karabiner, und so hieß denn das von der Vernunft diktierte Kommando nicht langsam, sondern schnell um die Straßenecke zurück. In der nächsten Ecke machen sie Halt, um sich nach den Verfolgern umzusehen. Da diese nicht erscheinen, schleichen sie wieder vor und sehen in der Ferne die Chinesen laufen, deren Köpfe durch die Geschwindigkeit des Laufs auf den Rücken ihrer Befitzer einen wilden Tanz ausführen. „Da legten wir uns gegen die Mauer und lachten Thranen.“

Die humoristische „Erledigung“ des wehrlosen Bogers eröffnet einen wahrhaft grauenhaften Einblick in die Empfindungswelt deutsch-chinesischer Kulturträger in China.

**Die Jämmerlichkeit der China-Resolutionen Eugen Richters** steht auch den liberalen alljährigen „Hamb. Korrespondent“ in Ehren; so sanft kann allerdings auch ein Konservativer oder Nationalliberaler die China-Aktion kritisieren, wie es Eugen Richter thut. Der Freisinn wagt es nicht einmal mehr, die Löwenhaut zu tragen.

Auf unsre Bemerkungen weiß die „Freis. Ptg.“ nichts anderes zu erwidern, als daß „seit Liebknechts Tode sich in der Redaktion des „Vorwärts“ eine starke Verrohung der Sprache bemerkbar mache.“

Wir teilen das Bedauern der „Freisinnigen Zeitung“ Richters, daß unser Alter nicht mehr im Stande ist, in seiner Art Eugen Richters Bankrotterklärung zu erörtern. Das Geschimpfe in der Erwiderung der „Freisinnigen Zeitung“ hätten wir hören mögen! —

**Ein Rückzug? Der Gewerksverein christlicher Bergarbeiter** veröffentlicht in der „Germania“ eine „Erklärung“, die sich mit dem Hirtenscheitern beziehentlich mit dem Erlaß des Erbschloßes von Freiburg beschäftigt. Es heißt dort:

„Diesen Ausführungen (des Erbschloßes) von Freiburg, R. d. B.“ gegenüber betonen wir als Vertreter des Gewerksvereins christlicher Bergarbeiter Deutschlands und zugleich, wie wir glauben, im Einklang mit allen andern christlich-gewerkschaftlichen Organisationen, daß wir nach wie vor in der Behandlung der wirtschaftlichen Fragen unsres Stands auf den christlichen Grundsätzen zu stehen gewillt sind, daß wir niemals einer Lösung der vorgenannten Fragen zustimmen werden, welche gegen die christlichen Gesetze der Gerechtigkeit und Moral verstößt. Nach untrer Auffassung ist eine — allerdings wünschenswerte — Vereinigung aller Arbeiter eines Berufs in demselben Verbands nur dann möglich, wenn dieser Verband in seiner Wirksamkeit unsren Grundsätzen nicht widerspricht. Dabei bleibt es unbenommen, vorläufig von Fall zu Fall durch unsre Vorstände mit andren Vereinigungen Fühlung zu suchen und ein gemeinsames Vorgehen anzubahnen.

Der Kongreß der christlichen Gewerkschaften in Frankfurt hat über diese prinzipielle Frage keine Beschlüsse gefaßt. Soweit — vielfach falsch wiedergegeben — Äußerungen einzelner Vertreter in Frankfurt in Betracht kommen, haben diese nichts weiter besagen wollen, als daß die Gewerksvereine nicht den Zweck haben, in ihren Sitzungen sich mit der Erörterung religiöser Streitfragen zu befassen, sondern ihre wirtschaftlichen Angelegenheiten auf einer den Arbeitern der verschiedenen Konfessionen gemeinsamen religiösen Grundlage zu regeln, ähnlich wie es in andren Berufsständen (Landwirte, Handwerker usw.) bisher ohne Widerspruch geschehen ist.“

Essen, den 14. Oktober 1900.

Diese Erklärung, unterzeichnet vom Centralvorstand, steht einem Rückzug Bruffs, der in so energischer Weise schon gegen den Hirtenscheitern Stellung nahm, sehr ähnlich. Vielleicht ist er über seinen eignen Mut gegenüber den hohen Kirchenherren erschrocken, vielleicht fürchtet er, durch ein allzuschärfes Vorgehen gegen die Bischöfe einen Teil seiner tugtgeliebten Mitglieder zu verlieren. Im übrigen ist die Erklärung sehr vieldeutig. Was heißt es, auf den christlichen Grundsätzen stehen wollen?

Als die katholischen Vergleute am Biesberge ihren christlichen Grundsätzen gemäß die alten Feiertage heiligen und nicht arbeiten wollten, und schließlich unter Bruffs Leitung in den Streit traten, hatten sie nicht bloß die katholischen Unternehmer gegen sich, sondern auch Centrumsblätter und Centrums-Abgeordnete traten auf die Seite der Unternehmer. Die kapitalistischen Grundsätze gehen aber gerade in wirtschaftlichen Angelegenheiten über die christlichen. An diesen harten Thatsachen wird auch die Erklärung nichts ändern.

**Zum Zollkampf.** Die Vertreter der Berliner Kaufmannschaft haben ihren Beschluß gegen den von den Agrariern geforderten Doppeltarif folgendermaßen begründet:

„Die Annahme des Doppeltarifs in Deutschland wäre zunächst von staatsrechtlicher Bedeutung. Gegenwärtig werden nach Artikel 11 der Reichsverfassung Handelsverträge vom Kaiser nach Zustimmung des Bundesrats abgeschlossen; zu ihrer Gültigkeit ist die Genehmigung des Reichstags erforderlich. Würde der Minimaltarif eingeführt, so würden damit der Kaiser und der Bundesrat in der verfassungsmäßig ihnen zustehenden Freiheit des Vertragschlusses bis zu der im Tarifgesetz, also unter Mitwirkung des Reichstags, im voraus gezogenen Grenze beschränkt. Während also nach der Reichsverfassung der Reichstag nur nachträglich den vom Kaiser unter Zustimmung des Bundesrats abgeschlossenen Vertrag zu genehmigen hat, und diese Genehmigung naturgemäß nur dem Ganzen des Vertrags gewährt oder verweigert kann, würde bei reichsgesetzlicher Einführung des Minimaltarifs der Reichstag in die Lage kommen, im voraus bei jeder einzelnen Position des Tarifgesetzes mitzusprechen. Wirtschaftlich würde dies System mindestens eine Erhöhung der Vertragsätze bedeuten, denn sein Zweck ist ja gerade, die Regierung in den zu gewährenden Konzessionen zu beschränken. Bei der gegenwärtigen Zusammenfassung des Reichstags ist anzunehmen, daß die Mehrheit bei der Festsetzung der Zollminima diese so hoch ansetzen wird, daß sie für das Ausland keine begehrenswerten Objekte für einen Tarifvertrag mehr darstellen. Es wird also der Minimal-Tarif das Zustandekommen von Tarifverträgen außerordentlich erschweren, wenn nicht überhaupt verhindern. Soweit aber nicht vertraglich Ermäßigungen der Sätze des Maximaltarifs Platz greifen, würden die letzteren in alleiniger Geltung treten, eine Folge, die für alle auf Import angewiesenen Zweige des Handels und der Industrie höchst gefährlich wäre, da ja der Maximaltarif nicht sowohl den von den inländischen Produzenten für notwendig gehaltenen Schutz, sondern vielmehr Ausgangspunkt und Waffe für die Verhandlungen mit dem Ausland darstellt. Das System hat den Grundfehler, daß das Parlament mit der Fixierung der Minimalsätze handelspolitische Komplikationen herbeiführt, die es noch gar nicht übersehen kann, die vielmehr erst während der Unterhandlung mit fremden Staaten für diese Unterhändler übersehbar werden. Deshalb muß, wenn man überhaupt zu wertvollen Tarifverträgen gelangen will, es bei dem bisherigen Verfahren bleiben, bei welchem die Regierung gegen angebotene Konzessionen nach bestmöglicher Abwägung aller Vor- und Nachteile die ihr gleichwertig erscheinenden Gegenkonzessionen macht. Die vertragliche Sicherung ertäglicher Höhe der ausländischen Zollschranken ist aber für die deutsche Volkswirtschaft unergreiflich viel wichtiger, als die Festhaltung jedes von einer Interessentengruppe geforderten und von einer Reichstags-Mehrheit gebilligten Schutzzolls; diese Schutzzölle werden vielmehr selbst im eignen Interesse untrer Volkswirtschaft tiefstschädlich sein.“

Der Reichstags-Abgeordnete für Bielefeld-Wiedenbrück, Herr Humann, Mitglied der Centrumpartei, sagt in einer Erklärung über die Stellungnahme zur Zollfrage:

„Was mich selbst betrifft, so habe ich in der Versammlung der Centrumsabgeordneten in Delbrück am 30. v. M. mir bestimmt hervorgehoben, daß der Roggen- und Weizen Zoll gleich sein und die Centrumpartei einig und geschlossen an diese Frage herantreten möchte. Was dann die Höhe des Zolles anlangt, so habe ich meine unmaßgebliche persönliche Ansicht dahin ausgesprochen, daß das Centrum sich wohl auf 6 M. einigen kann, aber ausdrücklich hinzugefügt, daß sich darüber nichts Bestimmtes sagen lasse und man die Forderungen nicht allzu hoch stellen dürfe, weil im Centrum auch alle Stände vertreten seien.“

Das ist die Billigungsmaßnahme der Centrumsabgeordneten auf die katholischen Arbeiter, daß der Hungersoll auf das tägliche Brot nur von 3/4 auf 6 M. pro Doppelcentner erhöht werden soll!

Der wirtschaftliche Ausschuh zur Vorbereitung und Begutachtung handelspolitischer Maßnahmen hat am Mittwochvormittag seine Beratung des Zolltarif-Gesetzentwurfs unter Vorsitz des Grafen Posadowsky fortgesetzt. Der Schluß der Beratungen wird nicht vor Ende dieser Woche erwartet.

**Ein stadträthlicher Irrtum.** Wie der „D. Tagesztg.“ von Leipzig gemeldet wird, hat der Stadtrat zu Leipzig als Schulpatronatsbehörde einem Oberlehrer einer hiesigen höheren Schule, der sich mit öffentlicher Agitation für die nationalsoziale Partei mehrfach befaßt hatte, sehr deutlich den Wunsch ausgedrückt, daß er von dieser Agitation künftighin lassen möge.

Wir verstehen diese Maßnahme des Stadtrats nicht. Sieht es doch keine Partei in Deutschland, die mit mehr Eifer dem China-patriotismus diene als die Nationalsozialen, deren Lösungswort ja ist: Keinen Pardon geben! Nur nicht so weichlich! Der Leipziger Stadtrat muß sich also doch wohl geirrt haben.

**Ein Kohlenausfuhr-Verbot** ist, wie heute mit Bestimmtheit von der „Nat.-Lib. Korresp.“ berichtet wird, nicht zu erwarten. Ein Kohlenausfuhr-Verbot ist bis jetzt auf Seiten der Regierung nicht in Frage gekommen, und nach Lage der Dinge wird das auch in absehbarer Zeit nicht der Fall sein, um so weniger, als sich die Anzeichen mehren, welche auf ein allmähliches Nachlassen der Kohlenknappheit hindeuten.“

Uns erscheint die Meinung, es sei ein „allmähliches Nachlassen“ der Preise im Auge, angesichts des nahenden Winters doch allzu optimistisch.

**Ein neuer Herrenhäuser.** Wie die „Zeitung für Hinterbommern“ meldet, ist dem Beschleß derer von Pjelowitz anlässlich seiner Feier des 600jährigen Bestehens das Präsentationsrecht für das Herrenhaus verliehen worden.

**Begnadigung.** Der Gutbesitzer Ferdinand Grotzian zu Kolojto war wegen Verlaufs einer franken Kuh an einen Kulmer Fleischer zu zwei Monaten Gefängnis verurteilt worden. Nach dem Genuss des Fleisches waren mehrere Personen schwer erkrankt. Grotzian reichte ein Stadengesuch ein mit dem Erfolge, daß die Gefängnisstrafe in eine Geldstrafe von 50 Mark umgewandelt wurde.

**Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse.**

Aus Hamburg wird uns berichtet: Wegen gewerkschaftlicher Unzucht und Majestätsbeleidigung wurde am Dienstag vom hiesigen Landgericht die 18jährige Arabalin T. zu einer Woche Haft und drei Monaten Gefängnis verurteilt. Die Angeklagte, die trotz ihrer Jugend schon mehrmals bestraft worden ist, war vor einiger Zeit mit ihrer Logiswirtin in Streit geraten und hatte dieselbe wegen Kuppelerei denunziert. Um nun das Zeugnis der T. im bevorstehenden Kuppelprozess zu entwerten, ging ein Freund der Logiswirtin hin und erstattete die Anzeige, daß die T. sich vor einigen Monaten einer Majestätsbeleidigung schuldig gemacht habe. Zeugen und Angeklagte waren Leute, die offenbar täglich in dem größten Schmutz und den elbsten Gemeinheiten waten. Auch die inkriminierte Kuppelerei, die von der Angeklagten allerdings vergeblich bestritten wurde, enthielt eine widerliche Gemeinheit. Der Staatsanwalt sprach sein Bedauern darüber aus, daß ein solcher Fall infolge einer offenbar aus den niedrigsten Motiven erstatteten Denunziation vor Gericht erörtert werden müsse. Er beantragte sechs Monate Gefängnis und drei Wochen Haft.

**Die Breslauer Landtagswahl.**

Das Gesamtergebnis der Breslauer Landtagswahl stellt sich, abgesehen von unwesentlichen Änderungen, die noch eintreten können, wie folgt:

Von denjenigen Bezirken, in denen neu zu wählen war,

hatten:  
Freisinnige 155, Socialdemokraten 88, Konservat. 177 Wahlmänner  
Es wurden neu gewählt:  
Freisinnige 158, Socialdemokraten 51, Konservat. 159  
Es verblieben als Wahlmänner:  
Freisinnige 483, Socialdemokraten 50, Konservat. 469  
Dazu:  
Neugewählt 158, Neugewählt 51, Neugewählt 159

591 101 628 Wahlmänner  
Es würden also 591 Liberale und 101 Socialdemokraten, zusammen 692 Wahlmänner beider Parteien den 628 konservativ-liberalen Wahlmännern gegenüber stehen. Beeinflusst können diese Zahlen noch durch Ungültigkeitserklärungen und das Ausbleiben eventuell Unfällen einzelner Wahlmänner werden, doch ist an der Niederlage der Reaktion bei der Abgeordnetenwahl nicht zu zweifeln.

Die Socialdemokratie hat 13 neue Wahlmännermandate gewonnen. Diese sind zumieft in Bezirken gewonnen worden, die bisher freisinnige Wahlmänner hatten. Die Freisinnigen konnten aber mit socialdemokratischer Hilfe diese Verluste durch Eroberung konservativ-liberaler Bezirke gutmachen. Mehrere Bezirke verfielen mit geringer Majorität den Konservativen infolge ungenügender Unterstützung untrer Partei durch die Freisinnigen, die mehrfach bei Stichwahlen sich der Abstimmung enthielten; sogar drei Freisinnige, die zu Wahlmännern gewählt wurden, stimmten in der Stichwahl gegen unsre Genossen und führten in zwei Fällen den konservativen Sieg herbei.

In untrer Breslauer Partei-Organ, der „Volkswacht“, wird der Wahlausfall folgendermaßen beurteilt:

„Die politische Bedeutung der Niederlage der Reaktionäre ist nicht zu unterschätzen. Die Brotwucherer, die Fleischvertreuer, die Feinde jeder freileitlichen Bewegung des Volks hatten ihr wahres Gesicht verhäßt und die grinsende Maske des konservativen „Volkstums“, des lang erwarteten „Retters des bedrängten Mittelstands“, vorgezogen. Durch eine Monate dauernde, geschickt geleitete Agitation hatten sie die politischen Leidenschaften im Stande der Handwerker und Gewerbetreibenden aufgeführt. Andererseits — und das ist für uns das besonders Interessante — hatten sie die Thatsache, daß bei dieser Wahl Nationalliberale, Freisinnige und Socialdemokraten zur Bekämpfung der Reaktion vereinigt waren, nach Kräften für sich auszunutzen versucht. Die Furcht vor dem roten Gespenst, vor den „Theilern“, den „Feinden des wohlverordneten Eigentums“ sollte den ehrlichen liberalen Spießbürgern so in die Glieder fahren, ihnen derart den Verstand, die Ueberlegung nehmen, daß sie sich ohne Verminen in die liebend ausgestreckten Arme der braven Junker, Junfergenossen und Pfaffen stürzten. In diesem Sinne hat man seit Wochen in Rede und Schrift gearbeitet und wirklich Anerkennenswertes geleistet. Gewiß ist auch nicht zu leugnen, daß man gewisse Erfolge nach dieser Richtung hin erzielte. Die Niederlage der Reaktion hätte eine geradezu vernichtende werden können, wenn nicht Hunderte von Wählern „freisinniger“ Oberbang aus Furcht vor der Reaktion des „Umsurzes“ mit dem Liberalismus entweder von vornherein für den konservativen Kandidaten gestimmt hätten oder doch zu Hause geblieben wären. Und gar Mancher, der trotz der Umsurzfurcht im ersten Wahlgang für den Freisinn stimmte, hat dann in der Stichwahl zwischen Socialdemokraten und Reaktionären für den letzteren seine Stimme abgegeben.“

Die socialdemokratische Partei beteiligte sich in 105 Bezirken und erzielte in denselben 51 Mandate. Da wir von den 105 Mandaten vorher nur 38 im Besitz hatten, haben wir einen Gewinn von 13 neuen Mandaten zu verzeichnen, ein Resultat, das uns mit großer Bemühung erfüllen darf. Die Arbeiter Breslaus haben die rechte kräftige Antwort gegeben auf die gemeinen Angriffe, die man auf ihre und ihrer Wahlmänner Ehre zu richten wagte: Die Breslauer Arbeiter senden eine ganze Anzahl mehr von jenen „lästlichen, bestechlichen Subjekten“ in die Wahlmänner-Versammlung zur Wahl der Abgeordneten. Wir lassen uns nicht ungestraft beschimpfen.

Ja, die Sieger in diesem Wahlkampf sind einzig die Socialdemokraten! Sie allein haben einen Zuwachs von Mandaten zu verzeichnen, während die Freisinnigen ihren Verlust nur infolge untrer thätkräftigen Unterstützung wahren konnten und die konservativ-liberalen und ihre erneute Niederlage zu danken haben.

Und noch einen andern großen Vorteil hat uns diese von den Konservativen in geschäftiger Verblendung herbeigeführte neue Landtagswahl erbracht. Sie hat die lange fünfjährige Pause zwischen den Wahlen von 1898 und der Neuwahl des Abgeordnetenhauses in erwünschter Weise unterbrochen, sie hat uns erneute Belegenheit gegeben, im Feuer zu exerzieren, zu agitieren, zu organisieren und zu lernen, wie unter dem famosen Dreiklassen-Wahlsystem von uns gearbeitet werden muß und mit Erfolg gearbeitet werden kann. Wir werden, angepornt und geschärft gemacht durch die Erfahrungen dieser Wahl, in drei Jahren um so besser anzupacken verstehen. Und wir werden um so freudiger, begeisterter, energischer in jenen Wahlkampf hineingehen, als dann nicht lediglich eine Unterstüßung andrer Parteien für uns in Betracht kommt, wie sie die gegenwärtige Situation eben unbedingt erforderlich machte. Nein, dann werden wir unsre ganze Arbeit, unser Mühen und Trachten richten auf ein andres Ziel: auf die Eroberung eines eignen Mandats! Im Jahr 1903 wird die Breslauer Arbeiterkraft ihre ganze Kraft einsetzen, um den ersten socialdemokratischen Abgeordneten in das preussische Landtagshaus zu bringen. Die Lehren, der Ausfall der gestrigen Wahl zeigen uns, daß das Ziel erreichbar ist. Rufen wir die vor uns liegenden drei Jahre aus in steter, zäher, planvoller Arbeit, dann muß es gelingen — zum Wohl untrer großen Sache, zur Ehre der Breslauer Arbeiterkraft!

## Ausland.

### Dänemark.

Der dänische Reichstag ist mit Vorlage und Beratung des Budgets eröffnet worden, die nun schon 14 Tage dauert, weil reformierende Steuererlasse bevorstehen und daher die verschiedenen Richtungen sich schon hier bekämpfen. In dem vorgelegten Budget betragen die indirekten Steuern über 51 000 000 Kronen, die direkten nur gegen 11 000 000 Kronen, und zwar sind die ersteren in den letzten Jahren viel mehr gestiegen als die letzteren, von 33 Millionen 1894/95 auf 43 1/4 1899/1900, und man findet sie sogar auf mehr als 51 Millionen angelegt. Das Militärbudget erfordert 22 1/2 Millionen, über 1/3 der Staatseinkünfte, circa 8 Millionen mehr als im Vorjahre. Bei der Beratung zeigte es sich, daß es nur noch zwei Parteien im Folkething giebt: die Liberale, die mit den Moderaten gehen und es mit König und Landesstehung halten, und die kleine Gruppe der Socialdemokraten. Die Rechte hat nur einzelne Vertreter, die schweigend ihre Wege gehen. Am Sonnabend sprachen alle Minister des neuen Ministeriums außer dem Kriegsminister, der mit seinem herabgesetzten Budget vom Vorjahr ausgenommen ist, obwohl er es damals „für unmöglich“ erklärte. Aus den Mitteilungen des Konseilpräsidenten Sesholt geht hervor, daß die von der Folkething-Steuer-Kommission ausgearbeitete Steuer-Reform keine Aussicht auf die Zustimmung der Regierung und des Landesstehung hat, denn er sagte, die Meinung dieser müßte auch erst gehört werden, und daß die Regierung selbst einen neuen Entwurf vorlegen wolle. Justizminister Boos kann noch immer nicht den Entwurf der Rechtsreform vorlegen, weil er nicht fertig wird, obwohl die Rechtszustände, wie sich kürzlich wieder an zwei Fällen gezeigt hat, unhaltbar sind. Der Eisenbahnminister Baron Jul. Ahsensten nannte den Streit der Eisenbahnarbeiter „Tagedieberei“, obwohl die Arbeiter durch ihren Lohnkampf 8 Kronen Tageslohn erlangt haben. Große Heiterkeit erregte der Kultusminister Probst Bjerrø, da er sich für einen

Gegner des Parlamentarismus erklärte, weil die höheren Klassen im Lande kein politisches Interesse hätten. Aber weil die Herren Großgrundbesitzer sich nicht für Politik interessieren, sollen auch alle andern sich nicht darum kümmern dürfen! Minister des Innern, Grafen, erklärte, daß er diesmal nicht das Gesetz über die Abnahme von Steuern vorlegen werde, das in der vorigen Session auf Annahme hatte. In dem konservativen Ministerium scheint es ein solcher Antrag natürlich unmöglich. Ebenso hat Grafen kein Wort gegenüber Baron von Rosenfeld über seine von ihm abweichende Auffassung vom Koalitionsrecht der Arbeiter geäußert.

### England.

Die Neuwahlen zum englischen Unterhause sind nun, wie gestern bereits telegraphisch kurz mitgeteilt, bis auf eine Wahl auf den Orkney-Inseln, beendet. Das Ergebnis der Wahl ist, daß die Regierung über eine Mehrheit von 132 Stimmen verfügt. Die Wahlen von 1895 brachten den Unionisten eine Mehrheit von 132 Stimmen, durch die im Laufe der Zeit vollzogenen Nachwahlen sank diese Mehrheit auf 129; die 24 Sitze gingen sämtlich an die Opposition verloren. Bei den jetzigen Wahlen haben die Unionisten also vier ihrer alten Sitze wiedergewonnen. Chamberlain allerdings hatte auf eine Verbesserung der Liberalen gehofft. Diese ist nicht eingetreten, andererseits ist es den Liberalen nicht gelungen, Fortschritte zu machen, so daß im ganzen das Stärkeverhältnis so ziemlich daselbe bleibt. Das Parlament wird erst im Januar oder Februar zusammentreten.

### Frankreich.

Die Zuckerausfuhrprämien bilden seit einigen Tagen den Gegenstand von Beratungen einer internationalen Konferenz, die in Paris im Ministerium des Ackerbaus tagt. An den Besprechungen nehmen Vertreter der deutschen, österreichischen und französischen Regierung teil. Es handelt sich darum, die französische Regierung, welche in die Aufhebung der direkten Zuckerausfuhrprämie gewilligt hat, zu einer wesentlichen Herabsetzung der indirekten Prämie zu bestimmen. Die Vertreter Deutschlands und Österreichs fordern die Herabsetzung der indirekten französischen Prämie auf ein Drittel der heutigen Höhe, da diese beiden Länder erst bei der Erfüllung dieser Forderung ihre Ausfuhrprämien aufheben könnten. In der heutigen Konferenz wurde die Antwort Frankreichs auf diesen Vorschlag erwartet. Die Antwort kam jedoch nicht. Statt derselben teilte der Zuckerausfuhr-Senator Söllner, der die Verhandlungen leitete, mit, daß er, nachdem er von den Konzeptionen Kenntnis genommen, zu denen sich seine französischen Kollegen entschlossen hätten, an diesen Konferenzen nicht mehr teilnehmen könne, da die französischen Delegierten in Ermächtigung der indirekten Prämien so weit gegangen seien, daß die französische Industrie darunter leide. Man glaubt, daraus schließen zu können, daß die Franzosen bereit sind, die Hälfte der indirekten Prämien nachzulassen. Bei dieser Konzession würden, nach Meinung der „Kölnischen Zeitung“, Deutschland und Österreich-Ungarn in die Aufhebung der ganzen Zuckerausfuhrprämien willigen.

### Holland.

Wilhelma, die Königin der Niederlande, hat sich mit dem Herzog Heinrich von Mecklenburg-Schwerin verlobt. Die Königin Wilhelma ist erst am 31. August 1880 im Haag geboren. Sie folgte ihrem Vater in der Herrschaft am 23. November 1890 unter Vormundschaft ihrer Mutter, und übernahm die Regierung am 31. August 1898, also in einem Alter von 18 Jahren. Die gekrönten Häupter werden eben schon viel früher majorenn als gewöhnliche Sterbliche und sind unter Umständen schon in diesem Alter berufen, über Millionen von Menschen zu herrschen. Und noch ein andres Vorrecht hat die jugendliche Königin. Nicht sie wird geheiratet, sondern sie freit den Prinzen und der Prinz wird nicht König, sondern nur „Prinz Gemahl“. Die Gleichheit der Geschlechter ist in jenen Regionen schon etwas weiter vorgeschritten.

### Rumänien.

Bukarest, 16. Oktober. Der Senat hat den Gesetzentwurf betreffend die Cession der Einnahmen aus dem Cigarettenpapier-Monopol an die Diskont-Gesellschaft gegen einen Voranschlag von 15 Millionen Franks angenommen.

### Afrika.

Aus Transvaal. Lord Roberts meldet aus Pretoria vom 16. Oktober: General Kelly-Kenny berichtet: Lieutenant Malcolm griff mit einer kleinen Abteilung Polizeitruppen von Wepener die Boeren in der Nähe an; 7 Boeren wurden getötet, 2 gefangen genommen. Die Engländer hatten keine Verluste. Kapitän Pine Coffin traf am 14. Oktober bei Venterburgrood-Station auf Boeren und vertrieb dieselben. Er erhielt sodann die Nachricht, daß eine andre Boerenabteilung seine Rückzugslinie bedrohe und verlor auf dem Rückzuge, bei dem er hart gedrängt wurde, einen Lieutenant und zwei Mann tot, vier Mann verwundet. — General Barton berichtet aus Welverdiend, keine Boerenabteilungen in der Nachbarschaft richteten soviel Schaden an wie sie vermochten; er habe am 14. Oktober mehrere derselben angetroffen; einige seien getötet, viel Munition sei erbeutet. Theunis Botha, ein Bruder des Generals Botha, habe Volkstrust übergeben. — In den letzten Tagen ist der Telegraphenverkehr nach Süden und Osten unterbrochen worden. Die Boeren, die bisher beim Zerstören von Eisenbahnlagen die Telegraphenlinien unversehrt zu lassen pflegten, haben jetzt begonnen, die Telegraphenmasten zu durchschneiden. — Reuters Bureau meldet aus Bloemfontein: 12 Boeren plünderten heute eine 18 Meilen von hier auf dem Wege nach Kimberley belegene Farm; sie äußerten, sie bildeten den Vortrab einer starken Truppe. Die Abreise Krügers ist auf Sonnabend verschoben worden; aus Amsterdam wird gemeldet, er werde in Marseille landen und den Winter über in Südfrankreich bleiben.

### Amerika.

Der Präsidentschaftskandidat Bryan hielt in New York am 16. Oktober vier Wahlreden. In der Rede in Tammany Hall sagte er, es sei unnötig, daß, wenn man mit einem Volke Handel treiben wolle, man auch Herr desselben sein müsse, oder daß man, um ein Land zu beschützen, einen Rechtsanspruch auf dasselbe besitzen müsse. Bryan verwies darauf, daß Amerika Venezuela in dessen Streitfall mit England beschützt habe, und sagte, auf dieselbe Weise könnte Amerika den Schutz über die Philippinen ausüben.

## Partei-Nachrichten.

Parteiliteratur. Unmittelbar nach dem Mainzer Parteitag, Protokoll, das jetzt auch gebunden zum Preise von 75 Pf. vorliegt, hat die Buchhandlung Vorwärts auch das Protokoll des Internationalen Sozialistenkongresses zum Preise von 20 Pf. erscheinen lassen.

Am ein zusammenfassendes und dabei doch getreues Bild der Verhandlungen zu gewinnen, sind die Originalberichte des „Vorwärts“ nach den ausführlichen Berichten der französischen Partei-Organen ergänzt worden, so daß der Zweck der Herausgabe des Protokolls erreicht sein dürfte: für die Agitation und Propaganda unter den deutschen Arbeitern die Verhandlungen und Beschlüsse des internationalen Arbeiterparlamentes diesen möglichst reich und zu billigen Preise zur allgemeinen Kenntnis zu bringen.

Die Parteigenossen Hannovers beschloßen, die Parteigeschäfte des 8. hannoverschen Wahlkreises vom 1. November ab dem Sozialdemokratischen Wahlverein zu übertragen. Dem Vertrauensmann sollen zur Erledigung noch verbleiben: die Abhaltung von Volksversammlungen und Parteiversammlungen, die Mailier und Veranstaltung solcher Art, an welchen Frauen teilnehmen können.

Aus Gotha wird gemeldet: Bei der heutigen Abgeordnetenwahl für den VI. Wahlbezirk Waltershausen und Ibenhain zum

Gothaischen Landtag wurde der seitherige Abgeordnete Genosse Wilhelm Denner in Waltershausen einstimmig wiedergewählt.

Die gegen den Chinarummel von unsren Parteigenossen in Südbahnen arrangierten zwölf Versammlungen, die am Sonnabend und Sonntag tagten, bildeten eine impulsive Kundgebung gegen die Chinapolitik der deutschen Regierung. Die Versammlungen wiesen ohne Ausnahme einen guten Besuch auf, an einigen Orten waren die großen Versammlungshäuser sogar überfüllt. Die Stellung der Sozialdemokratie fand in einer Resolution Ausdruck, die in entschiedener Weise die Chinapolitik verurteilt. Vielfach nahmen auch Angehörige anderer Parteien an den Versammlungen teil, aber nur sehr vereinzelt regte sich hier und da ein Widerspruch, die Redner fanden sonst allseitig lebhaftige Zustimmung.

## Gewerkschaftliches.

### Berlin und Umgegend.

In Sachen der Lohnbewegung der Hausweber hielt das Einigungsamt am Mittwoch wieder eine Sitzung ab, in der die Vertreter der Parteien sich über Annahme oder Ablehnung der in voriger Sitzung gemachten Einigungsvorschläge zu erklären hatten. Die Vertreter der Fabrikanten waren nicht erschienen. Sie hatten dem Einigungsamt mitgeteilt, daß von 37 Firmen, die sie zu einer Besprechung eingeladen hatten, nur 14 gekommen waren, daß deshalb die Vertreter, weil sich die Mehrzahl der Fabrikanten abseits stelle, die Einigungsvorschläge ablehnen.

Von den Vertretern der Arbeitnehmer waren Koyke und der stellvertretende Obermeister Scholz anwesend. Sie erklärten sich namens ihrer Mandatgeber mit den Vorschlägen des Einigungsamts einverstanden.

Nach kurzer Beratung des Einigungsamts verhandelte der Vorsitzende Dr. Schalhörn folgenden Schiedsspruch: Vom 1. Januar 1901 ab sind die Rebenarbeiten nach den in der vorigen Sitzung vereinbarten Preisen zu bezahlen. Höhere Löhne, welche zur Zeit schon bestehen, dürfen nicht gekürzt werden.

Zur Begründung des Schiedsspruchs führte Dr. Schalhörn aus: Die Löhne der Hausweber seien so niedrig, daß sie als nicht ausreichend bezeichnend werden können. Eine Aufbesserung der Löhne sei zwar notwendig, die Einführung des von den Arbeitnehmern aufgestellten Lohns tarifs verbiete sich aber mit Rücksicht auf die derzeitige schlechte Lage der Weberei. Die Bezahlung der Rebenarbeiten dagegen sei nicht nur möglich, sondern auch notwendig, weil die Höhe des Lohns nicht immer der für Rebenarbeiten aufgewendeten Zeit entspreche. Ferner komme in Betracht, daß bereits mehrere Firmen die Rebenarbeiten — zum Teil sogar höher wie durch die Vereinbarung festgesetzt — bezahlen, und daß auch die in voriger Sitzung anwesenden Vertreter der Fabrikanten der Bezahlung der Rebenarbeiten nicht widersprochen haben. Wenn die Vertreter der Arbeitgeber glauben, sie seien nicht befugt, für alle Fabrikanten ihrer Branche eine Erklärung abzugeben, so irren sie, denn die Fehlgenden hätten sich zum Teil ausdrücklich, zum Teil hätten sie ausdrücklich erklärt, daß sie sich den Abmachungen der Vertreter fügen würden. Nachdem die Ergebnisse der bisherigen Verhandlungen veröffentlicht worden sind, hätten ja die hier nicht anwesenden Fabrikanten den Abmachungen widersprechen können. Wenn das nicht geschehen, so sei anzunehmen, daß die Fehlgenden nicht gegen die Abmachungen seien. Der 1. Januar sei deshalb zur Einführung der Bezahlung der Rebenarbeiten bestimmt, damit die Fabrikanten Zeit hätten, sich in den für sie neuen Gedanken einzufinden, und weil das Einigungsamt wünscht, daß diejenigen Arbeitgeber, welche sich bis jetzt ablehnend verhalten, sich noch entgegenkommend zeigen werden.

Bis zum 31. Oktober haben die Parteien zu erklären, ob sie sich dem Schiedsspruch unterwerfen. Die Vertreter der Arbeiter gaben diese Erklärung sogleich ab.

Die Forderungen der Berliner Ladenschlächter-Gesellen betreffend Abschaffung der Sonntagsbindung und Entlastung, sowie Regelung und Verkürzung der Arbeitszeit, die seiner Zeit den Meistercorporationen von der Lohnkommission unterbreitet wurden, sind von den Meistern bisher fast vollständig ignoriert worden. In der letzten Versammlung der freien Vereinigung selbständiger Fleischermeister Berlins waren die Herren selbst so lässig, daß sie das Schreiben der Lohnkommission, unterzeichnet vom „sozialdemokratischen Agitator“ Rebinde, dem Papierkorb überantworteten. Die Kollegen haben infolgedessen beschlossen, das Vorgehen der Meister der freien Vereinigung der organisierten Arbeiterklasse zu unterbreiten und die Namen dieser Geschäfte in geeigneter Weise der Öffentlichkeit preiszugeben. Von einem Auslande in diesen Betrieben wurde jedoch Abstand genommen, da augenblicklich die Organisation der Schlächtergesellen noch zu zerstückelt und zu schwach ist. Die organisierten Schlächter hoffen aber, daß sie in diesem Kampfe von den übrigen organisierten Arbeitern genügend unterstützt werden. Leider muß in Sachen dieser Lohnbewegung auch wieder einmal konstatiert werden, daß sich die christliche Organisation der Fleischergesellen recht lahm gezeigt hat. Der Gesellen-Ausschuß der Berliner Schlächter-Zunft, dem nur Mitglieder dieses Bundes angehören, hat es, trotz mehrfacher Aufforderung, nicht für notwendig gehalten, einer Einladung zwecks Besprechung über die Lohnbewegung Folge zu leisten. Man steht also auch hier wieder, wie ernst es diese Leute mit den Aufgaben der Gewerkschaftsorganisationen nehmen. In Zukunft werden sie natürlich noch öfter gezwungen sein, ihren Mut zu zeigen und Farbe zu bekennen, denn die Verwaltungsgesellschaft des Central-Verbands der Fleischer und Berufsgenossen Deutschlands gewinnt erfreulicherweise zusehends an Ausdehnung und dadurch auch an Einfluß, so daß auch für die Schlächtergesellen Berlins einmal eine andere Situation eintreten muß.

Achtung, Schuhmacher! In der neugegründeten Schuhwarenfabrik von Kermion und Kauer, Barnimstr. 22, haben wegen Lohn-differenzen die dort beschäftigten Kollegen nach vorausgegangenem resultatlos verlaufenen Verhandlungen sämtlich die Arbeit niedergelegt. In den nächsten Tagen wird sich eine öffentliche Versammlung mit der Angelegenheit beschäftigen. Zugang ist bis auf weiteres fernzuhalten.

Die Ortsverwaltung des Vereins deutscher Schuhmacher.

Achtung, Herren-Wahlschneider! Bei der Firma Wolff u. Keller, Jerusalemstr. 10, dauert der Ausstand unverändert fort. Wir ersuchen die Berliner Kollegen, für diese Firma keine Arbeit anzunehmen bezw. solche, wenn angeboten, zurückzuweisen. Die Ortsverwaltung des Verbands deutscher Schneider.

### Deutsches Reich.

Die Buchbinder regen sich allerorts, um ihre Arbeitsverhältnisse in einem entsprechenden Verhältnis zu dem in Berlin, Leipzig und Stuttgart erreichten zu bringen. Die Hamburger Buchbinder verlangen für männliche Arbeiter einen Minimallohn von 24 M., 5 stündige Arbeitszeit, für Arbeiter vor 20 Jahren 33 1/3 Proz. Aufschlag und für Sonntagsarbeit 50 Proz. Lohnerhöhung. In Frankfurt a. M. sind die Forderungen auf 21 M. Minimallohn, 9 1/2 stündige Arbeitszeit, 25 Proz. Aufschlag für Überstunden und 33 1/3 Proz. für Sonntagsarbeit bereits von drei Firmen anerkannt. Wenn bis zum 20. d. M. keine Einigung mit den übrigen Firmen erlangt sein kann, dann werden die Arbeiter in den Ausstand eintreten. In Chemnitz haben die Buchbinder gleichfalls Forderungen gestellt und drohen auch dort Konflikte.

Ein Urteilsbrief, durch den 26 mit sämtlichen Vornamen aufgeführte Arbeiter, die mit der Schiffswerft von Schöner u. Jensen in Rönning in Differenzen geraten sind, die Arbeit niedergelegt haben und abgereist sind, brotlos gemacht werden sollen, wird gegenwärtig

mit dem Vermerk „Vertraulich“ von der genannten Werft an alle Betriebe der Metallarbeiter-Branche versandt. Derselbe lautet: Unter den Arbeitern unserer Schiffswerft ist ein heimlicher Streik ausgebrochen, und zwar in der bekannten, neuerdings bestehenden Methode, daß die Leute successive in kleinen Trupps unter nichtigen Vorwänden die Arbeit einstellen. Wir bitten Sie, im gegenseitigen Interesse und gegen diesen gefährlichsten aller Streiks und die immer mehr über Hand nehmende Annäherung der Arbeiter und ihrer Führer dadurch zu unterstützen, daß Sie keinen dieser Leute, von denen wir eine Liste beifügen und Ihnen auch weiterhin die Namen mitteilen werden, in Ihrem Betriebe einstellen, oder falls sich einer resp. mehrere derselben schon bei Ihnen eingeschlichen haben sollten, dieselben wieder entlassen. Im voraus für Ihre Unterstützung verbindlichst dankend und zu Gegenleistungen gern bereit, zeichnen hochachtungsvoll Schöner und Jensen, i. V.: Schöner.

Zur Arbeitslosenfrage nahm eine außerordentlich stark besuchte Volksversammlung in der „Centralhalle“ zu Krefeld Stellung. Die Versammlung nahm eine Resolution an, in der von der Stadt die Inangriffnahme von Notstandsarbeiten gefordert, zugleich aber ausgesprochen wird, daß das einzige Mittel, welches dauernde Besserung garantiert, eine den technischen Verhältnissen entsprechende verkürzte Arbeitszeit sei.

Die in der in Krefeld maßgebenden Textilindustrie eingetretene Geschäftskrise ist so bedenklich, daß sie auch einer von bürgerlicher Seite einberufenen Versammlung Veranlassung gab, eine städtische Arbeitslosen-Versicherung zu fordern.

### Ausland.

Aus Brüssel meldet die „Frankf. Ztg.“: Die Glasarbeiter im Hennegau beschloßen in ihrer gestrigen Versammlung, den Streik fortzusetzen. Es sollen ihnen von anderen Arbeiter-Organisationen reichliche Mittel zugesprochen sein. Andererseits wird berichtet, daß die Arbeiter trotzdem zum sofortigen Frieden bereit wären, wenn die Unternehmer nur im geringsten entgegenkämen.

## Berliner Partei-Angelegenheiten.

Achtung, 6. Wahlkreis! Den Genossen und Genossinnen zur Nachricht, daß am Donnerstag, den 18. Oktober, abends 8 1/2 Uhr, drei Volks-Versammlungen stattfinden. In der Versammlung bei Münder, Bergstr. 12, spricht der Kandidat des 6. Kreises, Genosse Ledebour, im „Swinemünder-Gesellschaftshaus“, Swinemünderstr. 42, Genosse Schippel und im „Velforter Salon“, Velforterstr. 15, Genosse Lutzer über: „Die Bedeutung der diesjährigen Reichswahl.“ Zahlreichen Besuch erwartet. Das sozialdemokratische Wahlkomitee.

Dritter Wahlkreis. Am Sonntagabend 7 Uhr findet im „Gewerkschaftshaus“ eine öffentliche Versammlung statt, in welcher Herr Direktor Pauli einen Vortrag über „Feuerbestattung“ halten, hierbei das Modell eines modernen Krematoriums vorführen und erläutern wird. — An den Vortrag schließt sich an „Geselliges Beisammensein und Tanz“. Am reich zahlreichem Besuch bittet. Der Vertrauensmann.

Sozialdemokratischer Verein des 6. Wahlkreises. Den Bezirksführern zur Nachricht, daß laut Beschluß des Vorstandes das Protokoll vom Parteitag in Mainz gratis an jedes Mitglied verabsandt wird, das nicht über 3 Monate mit seinen Beiträgen im Rückstand ist. Die Exemplare sind in folgenden Zahlstellen abzuholen: Kaufhof, Eisenstraße, für Wedding; Oranienburger Vorstadt bei Schulz, Schwarzkopffstraße; Moabit bei Karl Anders, Salzweberstraße; Gesundbrunnen oberer Teil bei Herrmann, Putzmeisterstraße 45, unterer Teil bei Abendroth, Badstr. 42/43; Schönhauser Vorstadt bei Karl Mars, Kastanien-Allee. Der Vorstand. J. A.: M. Kiesel.

Arbeiter-Bildungsschule, Gewerkschaftshaus, Engel-Ufer 15, 2 Treppen. Donnerstag, den 18. d. M.: Rede u. Übung (Übung für Anfänger im mündlichen Gedankenaustausch mit Rücksicht auf das praktische Leben). Vortragender: Dr. Rudolf Steiner. Freitag: Geschichte (Kulturgeschichte in großen Zügen von den Anfängen der menschlichen Kultur bis zur Gegenwart). Vortragender: Dr. Rudolf Steiner. Zahlreichen Besuch erwartet. Der Vorstand.

Charlottenburg. Heute, Donnerstagabend 8 1/2 Uhr, findet in der Gambinus-Druckerei, Wallstr. 94, die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Wahlvereins statt. Bericht und Renewal des Vorstandes. Vortrag des Genossen Paul Hirsch über die Charlottenburger Bezirksinspektion. Zur Verteilung gelangt das Protokoll des Mainzer Parteitags. Wohnungsveränderungen erfragen wir, dem Kassierer Gemsholtz, Goethestr. 13, zu melden. Der Vorstand.

Groß-Lichterfelde. Morgen, Freitag, abends 7 1/2 Uhr, findet im Pagenhain Saal, Chausseestr. 104, eine Volksversammlung statt. Genosse Paul Göhre wird über das Thema: „Warum ist die Sozialdemokratie gegen die Weltmacht-politik“ sprechen. Wegen der Polizeistunde wird die Versammlung pünktlich eröffnet. Zahlreichen Erscheinen erwartet. Der Vertrauensmann.

## Geriichts-Beitrag.

In Konitz begann gestern ein auf acht Tage berechneter Landfriedensbruch-Prozess vor dem Schwurgericht. Es handelt sich um die tumultuarischen Vorgänge am 10. Juni d. J., wegen derer folgende Personen unter Anklage gestellt sind: Arbeiter Pittarski, Aniewel, Gay und Schulz und ferner der Schlosser-Lehrling Bierkewski, der Besitzer Rath, der Schneider-Lehrling Berner, der Anecht Göhr und der Arbeiter-John Frydenhadowicz. Die Anklagebehörde vertritt Staatsanwalts-Assessor Schulz, die Verteidigung führen die hiesigen Rechtsanwälte Günrauh und Jielowski. Unter den vorgeladenen Zeugen befinden sich die Kriminalkommissare Wehn-Berlin, Blod-Konitz (der inzwischen nach Spandau verlegt ist), der Bürgermeister Deblins, Landrat v. Reditz und mehrere Konitzer Bürger. Die Angeklagten sind zumest jüngere Leute. Dem Tatbestand ist zu entnehmen, daß alle Angeklagten als Teilnehmer, Pittarski außerdem auch noch als Rädelsführer an dem Kravall angefaßt werden, der, wie bereits erwähnt, am 10. Juni d. J. in den Straßen von Konitz vor sich ging. An jenem Tage war in Konitz das Gerücht verbreitet, der Stadtverordnete und Fleischermeister Hoffmann sollte zum zweitenmale unter der Beschuldigung, den Gymnasialkassen Winter ermordet zu haben, verhaftet werden. Als nun zur Mittagszeit der damalige Konitzer Polizeikommissar Blod den Mitangeklagten Aniewel wegen eines Vergehens auf offener Straße verhaftete, glaubte die Menge, es handle sich um Hoffmann und erhob gegen diese Verhaftung Einspruch, indem sie den jüdischen Geschäftsleuten die Schaufenster zertrümmerte und späterhin auch die Fenster der am Wöhrdsee dicht neben der Fundstelle der Leichenteile des ermordeten Winter belegenen Synagoge einwarf. Der Kravall hatte die Heranziehung von Militär aus Graudenz zur Folge. Alle neun Angeklagten sollen nun eine mehr oder minder hervorragende Rolle bei diesen Vorfällen gespielt haben. Die gestrigen Verhandlungen förderten nichts Wesentliches zu Tage.

Die Angelegenheit des Bankiers H. Sternberg, der sich seit Januar in Untersuchungshaft befindet, wird binnen kurzem von neuem zur Verhandlung kommen. Bekanntlich lautete das im April ergangene Erkenntnis bezüglich zweier der drei Anklagepunkte auf Freisprechung, bezüglich des dritten (Fall Boyda) aber nahm das Gericht die Schuld des Angeklagten an. Das Urteil führte aus, es seien zwar Bedenken gegen die Glaubwürdigkeit der Boyda vorhanden, indes sei die Schuld des Angeklagten aus den Beweisdungen einer anderen — jetzt als der Beihilfe verdächtigten mitangeklagten — Zeugin gefolgert worden, wenn auch diese die Beschuldigung der Boyda als nicht wahr bezeichnet habe; in letzterem Punkte sei ihr kein Glauben beigegeben worden. Dieses Erkenntnis, soweit es verurteilend lautete, ist vom Reichsgericht durch Urteil vom 6. Ju'

aufgehoben und der betreffende Fall zur erneuten Prüfung und Urteilsfällung an die 9. Strafkammer zurückverwiesen worden. Die Verhandlung hierüber wird zusammen mit derjenigen über zwei seiner Zeit zurückgestellte sowie in Verbindung mit der gegen zwei Personen gerichteten Anklage stattfinden, die bei ihrer im Interesse des Angeklagten nach dessen Verhaftung vorgenommenen Maßnahmen sich der „Begünstigung“ schuldig gemacht haben sollen. Der Angeklagte bestreitet nach wie vor, sich im Sinne des Eröffnungsbeschlusses verhalten zu haben und bleibt dabei, daß die gegen ihn erhobenen Beschuldigungen das Produkt unaufrichtiger Rachegefühle sei. Es steht deshalb auch diesmal eine eingehende Beweisführung in Aussicht, die das Gericht mehrere Tage beschäftigen wird. Landgerichts-Direktor Müller, der die Verhandlungen leitet, hat für dieselben vorläufig die Tage vom 30. Oktober bis 11. November freigegeben. Die Anklage wird diesmal an Stelle des nicht mehr der Staatsanwaltschaft angehörenden Staatsanwalts Kamen der Staatsanwalt Brand vertreten, die Verteidigung von den Juristen Dr. Sello und Kleinholz und den Rechtsanwältinnen Heinemann, Dr. Werthauer und Fuchs I geführt werden. Es werden etwa 120 Zeugen vernommen werden, zum großen Teil solche, die für die Frage der Glaubwürdigkeit der Hauptbelastungszeugin von Interesse sind.

Ein besonders schwerer Fall von Sachbeschädigung gelangte gestern vor dem Schöffengericht gegen den Monteur Paul Reichardt zur Erörterung. An einem Juli-Mittage benutzten zwei Herren einen Abteil zweiter Klasse der Stadtbahn vom Grenzauer Thor bis Weihensee. Unterwegs hörten sie, daß im Nebenabteil ein eigentümliches knisterndes Geräusch stattfand. Es kam bald darauf ein Mann durch den Seitengang in den Abteil, in dem die beiden Herren saßen, musterte sie mit prüfenden Blicken und ging dann wieder nach dem anstößenden Abteil. Das verdächtige Geräusch wiederholte sich. Die beiden Fahrgäste verständigten sich leise dahin, daß sie ihren Nachbar beobachten wollten, bevor er den Zug verließ. Dies geschah auf der Station Weihensee. Die beiden Herren sahen, wie der Angeklagte mit Hast über den Bahnsitz und die Treppe heruntereilte. Aber gleichzeitig bemerkten sie, daß der soeben verlassene Abteil sich in einem völlig verwüsteten Zustande befand. Die Sitzkissen waren zertrümmert, ebenso die Gepäckkoffer und die Plakattafeln waren gewaltam aus den Rahmen gerissen. Sämtlich wurden die Beamten verständigt, welche die Verfolgung des Flüchtigen aufnahmen. Dieser kamte die Strafe hinab, erst mit Hilfe eines Nachfahrers gelang es, ihn festzunehmen. Er stellte sich heraus, daß man einen Mann vor sich hatte, der vor einigen Wochen von der Stadtbahn-Verwaltung in eine Geldstrafe von sechs Mark genommen worden war und man folgerte daraus, daß seine Herabstufung auf einen Nachfahrers zurückzuführen sei. Im Termin legte der Angeklagte sich thörichterweise aufs Weigern. Staatsanwalt Hilber beantragte gegen den Angeklagten eine Gefängnisstrafe von 3 Monaten, der Gerichtshof erkannte auf 6 Wochen Gefängnis. Nun wird der Verurteilte noch der Stadtbahn-Verwaltung Schadenersatz zu leisten haben.

Gegen die Hochkaplerin Johanne Marchand, welche als Frau v. Sanden zahllose Schwindelkuren verübte, sollte gestern vor der dritten Strafkammer am Landgericht I verhandelt werden. Auf Antrag des Verteidigers Leonhard Friedmann wurde die Verhandlung vertagt, damit über das Vorleben der Angeklagten weitere Erkundigungen eingezogen werden können.

Mit dem Königer Mord in Zusammenhang stand eine Beleidigungsklage, die am Dienstag vor dem Potsdamer Schöffengericht gegen den bekannten Antisemitenführer Hans v. Mosch verhandelt wurde. Im Juni d. J. hatte derselbe in einer antisemitischen Versammlung zu Potsdam anlässlich des Königer Mordes erklärt, daß eibliche Zeugenaussagen, die er verlas, für die Schuld Leupold vorhanden wären. Der in der Versammlung anwesende Gemeindevertreter, Fabrikbesitzer Nathan aus Kowanes, forderte nun von Mosch auf, zu sagen, wo er die angeblichen Zeugenaussagen her habe, erhielt aber keine Antwort. Nun fragte Nathan bei dem Landgerichtspräsidenten in König brieflich an, ob v. Mosch von der Behörde amtlich die Zeugenaussagen bekommen habe, was verneint wurde. Am 17. Juli er. schrieb nun Nathan an v. Mosch einen Brief, in welchem er ihn aufforderte, binnen 4 Tagen zu erklären, ob er auf andre Wege die Zeugenaussagen erlangt habe, widrigenfalls er öffentlich bekannt machen würde, daß seine Behauptungen wesentlich unwahre gewesen sind, um die Zuhörer der Versammlung irre zu führen. Diesen Brief schickte von Mosch mit der Bemerkung, daß er für derartige Unverschämte und alberne Anzettelungen keine Antwort habe, an Nathan zurück und soll nun diesen dadurch beleidigt haben. Er erhob nunmehr wegen des Nathanischen Briefes die Widerklage. Der Gerichtshof gestand Nathan nicht das Recht zu, einen derartigen Brief an von Mosch zu richten. Letzterer habe nur berechtigter Kritik an demselben geübt. Beiden Parteien wurde aber der Schutz des § 183 zugesprochen und sowohl von Mosch, wie Nathan freigesprochen. Die Kosten tragen beide zur Hälfte.

Die erste Verhandlung auf Grund des öffentlichen Verfassens nach der neuen Militär-Strafgerichts-Ordnung fand gestern nachmittag in dem Militär-Gerichtsgelände in der Hofenstraße statt. Den Vorsitz führte Major Winter von der Eisenbahn-Brigade, als Militärjustizbeamter fungierte Kriegsgerichtsrat Dr. Böbel, als Vertreter der Anklage Amtsgerichtsrat Evers, die beiden letzteren Mitglieder des Kriegsgerichts der zweiten Garde-Infanterie-Brigade. Als Angeklagter wurde aus der Untersuchungshaft vorgeführt der Pionier Ledinski von der 1. Compagnie der Betriebs-Abteilung der Eisenbahn-Brigade. Denselben wird zur Last gelegt, sich eines Vergehens gegen § 138 des Militär-Strafgesetzbuchs, d. h. des Diebstahls schuldig gemacht zu haben. Der Angeklagte, welcher im Civilleben Postassistent war und am 1. Oktober entlassen werden sollte, war Telegraphist auf der Station Jüterbog der Königl. Militärbahn. Er hat sich als solcher stets gut geführt, bis er am 10. September aus der Stationskassa, die an diesem Tage die außergewöhnlich hohe Summe von 1100 M. enthielt, einen Hundertmarkschein entwendete. Die Kassette war an jenem Tage um 8 Uhr abends von dem Stationsvorsteher Sergeant Hensel im Beisein des Unteroffiziers Konrad ordnungsgemäß verschlossen worden und befand sich während der Nacht in einem eingemauerten Schrank, den der Stationsvorsteher gleichfalls verschlossen haben will. Der Angeklagte, welcher bis 9 Uhr abends Diensthätte, gefand ohne weiteres an dem für sich den Diebstahl zu, behauptet jedoch, er habe die Schlüssel zum Schrank und zur Kassette auf dem Tische liegend gefunden. Nun habe er der Versuchung, sich Geld anzueignen, nicht widerstehen können, da er gerade zu jener Zeit von Gläubigern gedrängt worden sei. Auch habe er 38 Mark, die ihm von seinen Kameraden zur Zahlung regelmäßiger Lieferungen übergeben worden seien, teilweise in eigenen Interesse verbraucht. Auf dieses Geständnis des Angeklagten hin erhob Amtsgerichtsrat Evers nun auch eine Anklage wegen Unterschlagung und der Gerichtshof trat auch über diesen Punkt in Verhandlung. Durch die Zeugenvernehmungen konnte nicht unzweifelhaft festgestellt werden, auf welche Weise der Angeklagte zur Kasse gelangt ist. Er behauptet, er habe sich der Dienstschlüssel zum Öffnen bedient, was seitens der Zeugen als unmöglich erklärt wurde. Nach zweifelhafter Verhandlung gab der Gerichtshof dem Antrage des Angeklagten, zum Beweise seiner Behauptung weitere Zeugen zu laden, statt, die befunden sollen, daß der Unteroffizier Konrad zwei Tage vor dem Diebstahl ihm einmal die Schlüssel zur Uebergabe an den Stationsvorsteher andertmal habe. Der Gerichtshof führte in seinem Beschlusse aus, daß durch Ladung weiterer Zeugen zu erweisen sein werde, ob es sich im vorliegenden Fall um einen einfachen Diebstahl oder um Einbruch handeln werde. Hierauf fand eine Vertagung der Verhandlung und Aufsetzung eines neuen Termins statt.

Zur Kennzeichnung des Wesens der preussischen Staatsanwaltschaft. Eine Verordnung des Berliner Polizeipräsidenten vom 1. Januar 1900 verbietet das öffentliche Anklagen von Verantwortl. Redacteur: Heinrich Wehler in Groß-Lichterfelde. Für den Inseratenteil verantwortlich: H. Glöck in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin. Hierzu 1 Beilage n. Unterhaltungsblatt.

Methoden zur Heilung von Geschlechtskrankheiten. Hiergegen sollte sich ein Herr Harber dadurch vergangen haben, daß er ein früher an seinem Wohnhaus angebrachtes Schild dort auch nach dem Inkrafttreten jener neuen Polizeiverordnung hatte hängen lassen. Das Schild enthielt außer dem Namen des Beschuldigten und den Sprechstunden nur noch den Vermerk: „Geschlechtskrankheiten“. Die Staatsanwaltschaft vertrat trotzdem den Standpunkt, daß hier eine Methode angeklagt worden sei. Sie führte aus, durch das Schild wolle sich der Angeklagte unzweifelhaft zur Heilung von Geschlechtskrankheiten empfehlen. Da nun eine Heilung ohne Methode unmöglich sei, so liege in jener Anklage auch eine solche von Methoden, obwohl Methoden nicht genannt seien. Der Angeklagte wurde jedoch in allen Instanzen freigesprochen. Das Kammergericht ging davon aus, daß Polizeiverordnungen nicht ausdehnend auszuliegen wären. Eine Anklage einer Methode liege nicht vor.

## Verfassungen.

Ueber den internationalen Sozialistenkongress in Paris erstatteten die Berliner Delegierten Bericht in einer öffentlichen Versammlung, die am Dienstag in Reffers Saal stattfand. Die Delegierten Lätzerow, Fry und Kogke gaben eine Uebersicht über die Verhandlungen des Kongresses und die zu den einzelnen Punkten der Tagesordnung gefassten Beschlüsse. Die Ansicht der genannten Delegierten über die Ergebnisse des Kongresses geht dahin, daß einer der wichtigsten Beschlüsse die Einsetzung des internationalen Sekretariats sei, weil durch dasselbe die Verständigung und das Zusammenwirken der Arbeiter aller Kulturländer erheblich gefördert werde. Man könne sagen, daß auch dieser Kongress wesentlich beigetragen habe zur Förderung der sozialistischen Bestrebungen des internationalen Proletariats. — Durch lebhaften Beifall gab die Versammlung ihr Einverständnis mit den Ausführungen und der Haltung der Delegierten kund.

Eine polnische Parteiversammlung tagte am Sonntag im Englischen Garten. Auf der Tagesordnung stand die Berichterstattung von der Brandenburger Konferenz, vom Parteitag in Mainz und dem internationalen Kongress in Paris. Den ersten Bericht erstattete Morawski. Er betonte, daß die Genossen in der ganzen Provinz Brandenburg immer mehr gezwungen sind, sich der Agitation unter den kolossalen Massen der polnischen Arbeiter zu widmen. Die Agitation werde vorwiegend durch Verbreitung von polnischen Agitationschriften geführt.

Die Berichterstattung von Mainz und Paris erledigte Genosse Haase. Die wichtigste Aufgabe des Mainzer Parteitags war der Beschluß der Beteiligung an den preussischen Landtagswahlen. Die Thatfache, daß die Reaktion in den letzten Jahren mit allen Mitteln darauf losgearbeitet hat, alle reaktionären Geleise, welche im Reichstag nicht durchzubringen sind, in die Einzellandtage und insbesondere in den preussischen Landtag zu verlegen, hat wohl in erster Linie die Parteigenossen zur Beteiligung veranlaßt. Unzählige vitale Arbeiterinteressen sind im preussischen Landtag zu vertreten. Die Sozialdemokratie muß in den Landtag hinein — und sie hat daneben die Pflicht, die wenn auch noch so lahme bürgerliche Opposition gegen das Junkertum zu stärken. Für uns polnische Arbeiter ist der Beschluß von ungeheurer Bedeutung. Allerdings — in unsrer Landesteile, die selbst bei dem allgemeinen gleichen Wahlrecht noch keine Sozialdemokraten in den Landtag entsenden, ist an siegreiche Kandidaturen nicht zu denken. Wir haben aber ungeheuer viel gewonnen, wenn der erste deutsche Sozialdemokrat in den Landtag eingehen wird. Gegen die erbärmliche wirtschaftliche, politische und nationale Unterdrückung kann von der Tribüne des preussischen Landtags aus am besten angeknüpft werden. Die Erdärmlichkeit und Feigheit der polnischen Oppartei im Landtag wird dann dem ganzen Volke klar zum Bewußtsein kommen. Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie hat ja auch diesmal durch Annahme einer scharfen Resolution bekundet, daß er die Unterdrückung des polnischen Volks mit aller Energie verurteilt. Der Redner behandelte dann die Beschlüsse des Parteitags zur Welt-politik, Handels- und Verkehrs-politik, zu dem neuen Organisationsstatut und ging dann zu den Verhandlungen des internationalen Kongresses über. Nach einer eingehenden Erörterung des Falls Mille rand und der hierzu angenommenen Resolution Kautsky hob der Berichterstatter die Bedeutung des neugegründeten internationalen Sekretariats und die ungeheure moralische Tragweite des Protestes gegen den Militarismus und die Kolonialpolitik hervor. Dann leitete Redner unter Zustimmung der Versammlung eine heftige Kritik an dem Verhalten der Genossin Luxemburg auf dem Parteitag in Mainz und dem internationalen Kongress in Paris. Zum Schluß betont er die Solidarität der polnischen Sozialisten aus allen drei Landesteilen, die heute kein Mensch mehr zerreißten kann. (Stürmischer Beifall.)

Zur Diskussion lag eine Resolution vor, welche sich mit der Thätigkeit der polnischen Delegation in Paris und insbesondere mit der Resolution in der Sache Luxemburg vollständig solidarisch erklärte.

Die Resolution wurde unter jubelnder Zustimmung ohne Diskussion einstimmig angenommen.

In einer Centrumsähler-Versammlung, die am Dienstagabend bei Zimmermann in der Vordstraße stattfand, verbreitete sich der Kandidat der Centrumpartei für den 6. Berliner Reichstags-Wahlkreis, Herr Tischlermeister Weigel, in 1 1/2stündiger Rede über die Hoffnungen und Einwirkungen, die das Centrum der arbeitenden Klasse und dem ganzen Volk sowohl im Abgeordnetenhaus wie im Reichstag erringen haben will. Ueber die Frage, ob die Unterjüngung der agrarischen Brotwucherer durch die Mehrheit der Centrumsfraktion ebenfalls zu den empfehlenswerten Leistungen seiner Partei gehöre, ging der Redner vorstichtig hinweg. Dagegen hielt er sich für bemühtigt, für die Weltpolitik der Regierung eine Lanze zu brechen, und ging sogar so weit, der Sozialdemokratie aus ihrer Bekämpfung dieser Politik einen Vorwurf zu machen, weil sie dadurch mit Schuld an dem wirtschaftlichen Niedergang trüge. Diese Stellungnahme des Herrn Weigel ist recht interessant. Während alle Welt gegen die Kapitalpolitik opponiert und speziell die Wähler des rechten Wahlkreises in allen Versammlungen keinen Zweifel darüber lassen, daß sie genommen sind, diese Wahl zu einem Protest gegen die Handlungsweise unserer Regierung in der Chinafrage zu gestalten, tritt der Kandidat des Centrums mit einigen Vorbehalten auf die Seite der Regierung. In der Diskussion wurde ihm denn auch von mehreren Arbeitern entgegengetreten.

Eine öffentliche Versammlung der Schlächtergesellen Berlins, die außerordentlich zahlreich besucht war, tagte am Sonntag in Cognis Festhallen. Vorerst hielt Dr. Raikowski einen beifällig aufgenommenen Vortrag über „Ernährung und Verdauung“. Hierauf folgte eine Besprechung über den Stand der Lohnbewegung, wobei die passive Stellung der christlichen Organisation und die Nichtbeachtung des Schreibens der Lohnkommission seitens der Meister der freien Vereinigung einer scharfen Kritik unterzogen wurden. Nachdem dann der Beschluß gefaßt worden war, das Verhalten der freien Vereinigung der Oessentlichkeit zu unterbreiten, wurde bekräftigt, daß mehr für die Ausbreitung des Centralverbandes gethan und in den verschiedenen Stadtteilen Jahrestellen errichtet werden sollen. Da sich in den nächsten Tagen die Reichs-Kommission für Arbeiterschaft mit den Zuständen im Fleischergewerbe beschäftigt, so wurde noch hervorgehoben, daß die jetzt vorliegenden Resultate der statistischen Erhebungen, welche der Verband vorgenommen hat, der Kommission zugestellt werden sollen. Ferner sei noch bemerkt, daß an dieser Versammlung auch eine Anzahl Rammfells teilgenommen haben, viele Aufnahmen für den Verband gemacht wurden und die nächste Versammlung auf Sonntag, den 28. Oktober, in Schillers Restaurant, Rosenthalerstr. 57, angesetzt wurde.

Die Hausdiener und Packer hielten am Dienstag eine Versammlung ab, in der Oswald Schumann unter großem Beifall ausfuhr: „Die Umwälzungen im Handelsgewerbe“ sprach. In der Diskussion wurde die eigentümliche Thatfache erwähnt, daß in einem hiesigen Großbazar, wo in dem Raum, in dem die Packer arbeiten, kein Tageslicht und keine frische Luft eindringen kann, der Besuch der Gewerbe-Inspektion zwei Tage vorher angekündigt worden war und die betreffenden Arbeiter veranlaßt wurden, für den Empfang der Herren alles schön herzurichten. Sehr lebhaft wurde die Frage diskutiert, ob bei der gegenwärtigen Agitation für den Achtuhr-Ladenschluß der Verband, der in Berlin 12 000 Mitglieder hat, selbständig vorgehen oder sich dem allgemeinen Komitee anschließen solle. Die Sache wurde schließlich der Ortsverwaltung überlassen. Es gelangte dann folgende Resolution einstimmig zur Annahme: „Die heutige Versammlung der Hausdiener und Packer beantragt die Sektionsleitung, sofort Schritte zu unternehmen, um die Agitation für den Achtuhr-Ladenschluß einzuleiten.“ Es wurde dann noch bekannt gegeben, daß die Frist zum Uebertritt in den Verband mit dem 1. November abläuft.

Die Freie Vereinigung der Civil-Verfassungskämpfer hielt am Dienstag eine Mitgliederversammlung ab. Nach dem Kasernenbericht betrug die Einnahme 695,20 M., die Ausgabe 801,40 M., bleibt ein Bestand von 888,80 M. Der Geschäftsammeher teilte mit, daß im 3. Quartal 104 Gesäfte eingelaufen sind, wobei 471 Kollegen Beschäftigung fanden, was von der Versammlung, bei einer Zahl von 800 Mitgliedern, als sehr wenig bezeichnet wurde. Der bisherige Geschäftsammeher, Kollege Paßoll, wurde wiedergewählt.

Der Wahlverein Lichtenberg-Friedrichsberg hielt am Dienstag seine Generalversammlung mit sehr reichhaltiger Tagesordnung ab. Genosse Gerstenberger erstattete zunächst den Bericht vom Parteitag in Mainz. Grauer erklärte in der Diskussion sich im allgemeinen mit den Beschlüssen des Parteitages einverstanden, nicht aber mit dem Beschluß, der die Beteiligung an der Landtagswahl fordert. Jamoier spricht sich in längeren Ausführungen für die Beteiligung an den Landtagswahlen aus. Der Vertrauensmann Lenz erstattet hierauf ausführlichen Bericht über seine Thätigkeit. Seine Einnahmen betragen 705,76 M., bei einer Ausgabe von 524,94 M. und einem Bestand von 180,82 M. Außer den abgehaltenen fünf Versammlungen wurden 19 000 Flugblätter und 1200 Kalender, wie auch mehrere 100 Exemplare der „Fackel“ verteilt. Nach kurzer Erörterung darüber, ob die Wahl erst nach einer Parteiversammlung erfolgen solle, wird Lenz einstimmig als Vertrauensmann wiedergewählt.

Seidel berichtet namens der Lokalkommission, daß das Lokal von Schwarz wieder freigegeben sei; auch seien jetzt zwei neue Bezirke hinzugekommen: Neu-Lichtenberg und Rummelsburg-Reite. Krause, Trinks und Joh. Schulz werden als Mitglieder der Lokalkommission gewählt. Grauer erstattet hierauf den Bericht der Leitungs-kommission. Die Einnahmen der Buchhandlung betragen 284,54 M., die vom „Vorwärts“, der etwa 700 Abonnenten bei der Parteipostition — über 1000 wurden noch von andren Expeditoren verbreitet — aufzuweisen hat, ergaben 7293,37 M., bei einer Ausgabe von 7291,02 M., mit einem Bestand von 2,35 M. Das von Kopp imgegebene Cigarettengeschäft wurde ebenfalls übernommen. Als Delegierte zur Parteikonferenz wurden Grauer, Bell und Seidel ernannt. Frey berichtet namens des Vorstands des Wahlvereins, daß bei einem Kasernenbestand von 254,80 M., gegenwärtig 450 Mitglieder vorhanden sind. Frey bemerkt, daß durch Anschließ der zwei neuen Bezirke auch zwei neue Jahrestellen errichtet wurden, während man betreffs Wilhelmberg noch nicht entschieden habe. Der Gesamtvorstand wird wie folgt zusammengesetzt: Litzin als 1., Lenz als 2. Vorsitzender; Kreil als 1., Kummer als 2. Kassierer; Linsemer als 1., Bell als 2. Schriftführer, Lange als Bibliothekar. Als Revisoren werden Kette, Lenz und Wedemeyer ernannt. Nach der Wahl von sieben Bezirksführern erfolgte Schluß der Versammlung.

## Letzte Nachrichten und Depeschen.

### Eisenbahn-Klugheit.

Köln, 17. Oktober. (W. Z. B.) Der „Kölnischen Volkszeitung“ wird aus Ruhrort gemeldet, daß heute abend der Personenzug Oberhausen-Ruhrort auf der Station Weidenich auf den Personenzug Rahlheim-Ruhrort aufgefahen sei. Ein Dresmer sei getödet, sechs Personen verletzt worden.

### Die West in Frankreich.

Calais, 17. Oktober. (Meldung der „Agence Havas“.) Der Dampfer „Delphin“, welcher den Warenverkehr zwischen London und Calais befragt, liegt in dem hiesigen Hafen mit einer gelben Flagge ein, wodurch er angezeigt, daß das Schiff verunfallt sei. Es wurde ein Pessfall konstatiert und eine Desinfektion des Schiffs vorgenommen; das Gleiche soll mit allen andren Fahrzeugen und Waren geschehen, welche von London kommen.

### Beendigung des amerikanischen Kohlengräberstreiks.

Philadelphia, 10. Oktober. (Meldung des Amerikanischen Bureaus.) Eine Konferenz der in der Kohlenindustrie beteiligten Einzel-Unternehmer und Vertreter der großen Gesellschaften beschloß, die von dem Grubenarbeiter-Verband aufgestellten Forderungen anzunehmen. Dieser Beschluß bedeutet die unmittelbare Beendigung des Ausstands.

Strasbourg, 17. Oktober. (Wid.-Dep. d. „W.“) Der Prozeß des Ministeriums gegen den Centrumsführer Wetterlé ist erledigt. Die Regierung hat den Strafantrag nach einer Erklärung Wetterlés zurückgezogen, die Kosten fallen der Staatskasse zur Last. (Es handelt sich um die bekannten aus Anlaß der Schlumbergerischen Wahlmänner-Entscheidungen Angriffe gegen die Regierung. Red. des „Vorw.“)

Köln, 17. Oktober. (W. Z. B.) Eine Extra-Ausgabe der „Köln. Zig.“ meldet: Homburg v. d. Höhe, 17. Oktober. S. M. der Kaiser hat heute die Ernennung des Staatsministers Grafen v. Mlow zum Reichskanzler, preussischen Ministerpräsidenten und Minister der auswärtigen Angelegenheiten vollzogen.

Köln, 17. Oktober. (W. Z. B.) Amlich wird gemeldet: Der heute mittag 12 Uhr 14 Minuten aus Baal abgegangene Personenzug 408 überfuhr zwischen Baal und Lindern vier Rottenarbeiter eines Unternehmers; drei blieben sofort tot, der vierte ist schwer verletzt. Untersuchung ist eingeleitet.

Friedrichshafen, 17. Oktober. (W. Z. B.) Der Japelinische Ballon ist um 4 Uhr 45 Minuten aufgestiegen. Die Wandler gelangten ganze Wendungen wurden ausgeführt und es wurde gegen den Wind gesteuert. Der Ballon schlug die Richtung nach Immenstaad ein.

Friedrichshafen, 17. Oktober. (W. Z. B.) Nachdem das Luftschiff des Grafen Zeppelin gegen 1/4 Stunden lang in der Höhe von etwa 600 Meter balanciert und in der Nähe von Seemoos verschiedene Drehungen und Wendungen ausgeführt hatte, ist das Fahrzeug nach mehrfachen andren gelungenen Manövern etwa um 6 Uhr einen Kilometer von Ranzell entfernt, glücklicherweise gelandet. Die Luftschiffersuche mit dem Luftschiff des Grafen Zeppelin werden bei günstiger Witterung morgen und in den nächsten folgenden Tagen fortgesetzt werden, da angenommen wird, daß der Gasvorrat für zehn Tage ausreicht.

Stockholm, 17. Oktober. (W. Z. B.) Dem erkrankten König ist von den Ärzten gänzlich Enthaltung von Regierungsgeschäften angeraten worden. Dem Wunsche des Königs gemäß ist heute der Kronprinz mit der Ausübung der königlichen Regierungsgewalt bis auf weiteres beauftragt worden.

Belgrad, 17. Oktober. (W. Z. B.) Der verantwortliche Redacteur und der Hülfsredacteur des kürzlich eingegangenen Blattes „Male Kovine“ wurden heute von dem hiesigen Gerichtshof wegen einer in dem erwähnten Blatte begangenen Majestätsbeleidigung ersterer zu fünf, letzterer zu sieben Jahren Gefängnis verurteilt.

**Tokales.**

**Ein alter Puttkamerling.**

Eine Potsdamer Lokalkorrespondenz bringt einen wunderlichen Gerichtsbericht:

Ein angeblicher Anarchist, der vor etwa 10 Tagen in Potsdam festgenommen worden war, stand am Dienstag vor dem dortigen Schöffengericht in der Person des 50-jährigen Fräulein Wichmann aus Frankfurt a. M. Von Brandenburg a. N. war seiner Zeit bei der Potsdamer Polizei eine anonyme Postkarte eingegangen, derzufolge der Angeklagte, welcher ein bekannter Anarchist sei, dort eintreffen würde. Während nun Kriminalbeamte auf dem Bahnhof Obacht gaben, ohne den Verdächtigen zu bemerken, hatte sich derselbe abends auf der Polizeidirektion als obdachlos freiwillig gemeldet und um Quartier gebeten, da er mittellos war und zu Fuß von Brandenburg a. N. gekommen war. In den Akten Wichmanns fand man Briefe eines Schweizers, in welchen von den Fürstenmorden u. gesprochen wurde. Dies, sowie der Umstand, daß er erklärte, mit Most und andern Anarchisten bekannt gewesen zu sein, genügt, ihn in Haft zu nehmen. Wichmann bestritt indessen, Anarchist zu sein und führte an, daß er in Breslau schon einmal politischer Polizeivigilant gewesen sei. Er wurde schließlich wegen Landstreichens angeklagt, erklärte aber, daß er bei der schlechten Lage der Textilindustrie nirgends habe Arbeit finden können. Das Schöffengericht sprach ihn deshalb frei und ordnete seine sofortige Haftentlassung an.

In dieser Mitteilung wird dem Parteigenossen manches seltsam vorkommen. Prompte Signalfeststellung durch anonyme Postkarte, Vorstellung bei der Polizei, Fürstenmord, Anarchismus, Hans Most, Polizeivigilant — das ist ja der hochseltsame Puttkamerling, wie er lebt und lebt!

Und richtig! Einiges Licht erhielten wir über die Person des Landstreichenden Färbers, als wir unsere Erinnerungen zwanzig Jahre zurückschleifen ließen. Da stand Wichmann als ein lieber alter Wohlbekannter aus der Zeit von Deutschlands tiefster Schmach vor uns. Zur Zeit des Sozialistengeheuses und wenn wir recht unterrichtet sind, auch schon vorher war Wichmann ein Puttkamerling erster Güte, einer der hervorragendsten Lokspiegel, deren sich die preussische Polizei im Kampfe gegen die Klassenbewußte Arbeiterklasse bediente. Am Alexanderplatz in Berlin kennen ihn die älteren Beamten der politischen Abteilung in- und auswendig; war er doch 1881 auf ausdrücklichen Antrag des Polizeikommissars Engel in Altona der Oberleitung des Polizeidirektors Krüger unterstellt worden. Im Laufe der Jahre hatte der Edle sich bei der Bevölkerung von Hamburg-Altona als Polizeilump in Verfall gebracht, so daß er oben unbrauchbar geworden war und man ihm den Stuhl vor die Tür setzte. Wichmann fühlte sich jedoch und verlangte Pension, die ihm aber verweigert wurde mit der Begründung, daß er nicht zu den staatsmäßig angestellten Beamten gehöre. Das brachte den Spiegel in Wut und in der Berärgerung schrieb er unfremden Janus Krüger 1888 einen Brief, der einen interessanten Einblick in die sozialistengesellschaftliche Spiegelschicht gewährte. Wichmanns Aufgabe war es, zu Beginn der achtziger Jahre die anarchisierende Presse derart zu besetzen, daß Hamburg-Altona als ein Anarchistenherd und die republikanische Hamburger Polizei, die sich von schamhaften Profilen einigermaßen fernhielt, in der Bekämpfung der Sozialdemokratie als faumelig erscheinend makte. „Ich teile Ihnen mit“, so heißt es in Wichmanns Brief, 1. „daß ich es gewesen bin, welcher ab Hamburg datierte Notizen in der Moskischen „Freiheit“ veröffentlicht hat, um in Berlin den Landen zu erweisen, es hätten sich in Hamburg anarchisierende Gruppen gebildet. 2. daß ich in meinen Verichten die Rücksicht der republikanischen Hamburger Polizei der Sozialdemokratie gegenüber hervorhob, um Engel die geheime politische Aufsicht zu verschaffen, wie solches in Ottenen geschah.“

Zufällig fanden sich in der Zeit von 1879 bis 1884 in der zu London und später in New York erschienenen „Freiheit“ eine ständige Anzahl Mitteilungen des „Genossen“ Wichmann, als welcher er von dem leicht zu beherrschenden Hans Most gern willkommen geheißen wurde. Wichmann hatte strom auf die Leiter der Sozialdemokratie zu schimpfen, sie der Unterschlagung von Parteigeldern zu beschuldigen und die Sozialdemokraten zu warnen, Gelder für Wahlzwecke u. zu sammeln. Weiter klangen seine eigentlichen Situationsberichte meist in die Prophezeiung aus, daß sich demnächst „etwas ereignen“ werde.

„Dum sei uns auch kein Scherz zu groß, Gebt acht, der Lenz geht los.“

heißt es in einer Wichmannschen Korrespondenz in Nr. 89 des 1881er Jahrgangs.

Als Lokspiegel hatte Wichmann ferner anarchisierende Schriften, insbesondere die „Freiheit“ in Häusern und Straßen zu verteilen, eine Tätigkeit, aus der sich in den amtlichen Nachforschungsberichten über den kleinen Belagerungszustand der Hünweis auf die massenhafte Verbreitung der anarchisierenden Litteratur herleitete.

Um die Mitte der achtziger Jahre wurde der lästige gewordene Simonius wegen Erpressung zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt.

Trotz aller schlimmen Tage scheint der Spiegel, wie der Bericht aus Potsdam erkennen läßt, seinem alten Handwerk treu geblieben zu sein. Die Arbeiterschaft sei daher vor dem Durschen gewarnt!

**Die Wohnungsnot in der Stadtverordneten-Versammlung.** Die sozialdemokratischen Stadtverordneten haben folgenden Antrag eingebracht:

„Die Versammlung wolle beschließen, den Magistrat zu ersuchen, mit der Versammlung in gemischter Deputation zu beraten:

- 1. durch welche Mittel die zur Zeit — namentlich für die Arbeiterbevölkerung — herrschende Wohnungsnot zu beseitigen ist;
- 2. was städtischerseits zu geschehen hat, um durch kommunale Maßnahmen den auf dem Gebiete des Wohnungswesens bestehenden Mängeln zu begegnen.“

**Die Glückwunsch-Demonstration an die Kaiserin** ist nunmehr von dem neuen Treubund der Öffentlichkeit unterbreitet worden. Am den Inhalt der Adresse zu kennzeichnen, genügt es, wenn wir ihren Anfang wiedergeben:

Allerdurchlauchtigste, Großmächtigste Kaiserin und Königin! Allerhöchste Kaiserin, Königin und Frau! Eure Kaiserliche und Königlich Majestät bitten die unterzeichneten Bürger Berlins, zu Allerhöchstdemselben zweiundzwanzigsten Geburtstage ihre unterthänigsten Glückwünsche huldreichst entgegenzunehmen. Durch enge Bande ist von jeher die Bürgerchaft der hiesigen königlichen Haupt- und Residenzstadt mit dem Herrscherhause verbunden gewesen. Weiß sie doch, daß für jedes Mitglied desselben die Wohlfahrt des Vaterlands die Richtschnur des Handelns bildet usw. usw.

Der Stadtverordneten-Versammlung ist in dem Glückwunsch nicht gedacht, trotzdem die Treubändler die gewünschte Gelegenheit zum Gratulieren ja gerade deren Verhalten zu danken haben.

Zum Auslegen der Adresse haben sich im Besten vornehmlich große Hotelbesitzer bereit erklärt, während sich in den übrigen Stadtteilen zumeist Restaurateure, Beamte und Pastoren um diese Ehre erfolgreich beworben haben.

Wiesach wird man wünschen, daß dem neuen Treubund das Gratulieren u. bei höchsten Anlässen fortan in eine Art General-Entree übergeben würde. Dadurch käme die

städtische Vertretung über den Gewissenskonflikt hinweg, namens der Stadt Höflichkeit zu erfüllen, bei denen sie die Mehrheit der Bevölkerung keineswegs hinter sich hat. Vielleicht trifft die Stadtverordneten-Versammlung mit den in Betracht kommenden Herren ein Abkommen in diesem Sinne.

**Abwimmelnungen?** Wenn eine Mitteilung richtig ist, die gestern bekannt wurde, dann scheint man die Wohnungsnot und das daraus entstandene Elend in Magistralstraßen als einen normalen Zustand zu betrachten, dem gegenüber man ruhig die Hände in den Schoß legen könne.

Neber die Benutzung des städtischen Asyls für Obdachlose sprach sich Stadtrat Dr. Münsterberg nämlich dem Stadtverordneten Schöpsle gegenüber, wie dieser in der Sitzung des Hausbesitzer-Vereins „Süden“ mitteilte, wie folgt aus: Das städtische Asyl für Obdachlose ist in früheren Jahren, im Verhältnis zur Einwohnerzahl, wenig benutzt worden, wie die statistischen Ausweise ergeben. In diesem Vierteljahr hat allerdings eine erhebliche Steigerung stattgefunden, die indessen ganz normal ist, denn das Asyl ist noch nicht überfüllt. Unter den Inassen befinden sich eine große Menge verunmündeter Elemente, die sich wenig oder gar nicht um ein Unterkommen bemüht haben, dann liefern auch die von außerhalb Zugereisten eine ganze Anzahl von Hilfsbedürftigen. Augenblicklich kann bereits eine tägliche Abnahme der Inassen konstatiert werden. Jedenfalls liegt kein Grund vor, daß die städtischen Behörden irgend welche Maßen in obiger Beziehung vorzunehmen haben.

Daß unter den Obdachlosen Elemente vorhanden sind, die sich aus verschiedenen, zum Teil außerhalb ihres Willens liegenden Ursachen um die Beschaffung einer eignen Wohnung keine allzu große Sorge machen, das ist eine Wahrheit ebenso hausbacken wie die, daß unter ihnen so gut wie in andern zahlungsfähigen und zahlungsunfähigen Kreisen Trunkenbolde oder andre lieberliche Menschen haufen. Dieser Umstand spielt in der obwaltenden Frage aber keine andre Rolle, wie sonst die Moral bei wirtschaftlichen Notständen; und wer mit Phrasen wie den mitgeteilten operiert, handelt einfach pfäfflich. Hier handelt es sich darum, ob die bestehende Wohnungsnot, ob der Zustand, daß viele hunderte Familien trotz besten Willens keine Wohnung erhalten können, gezeugt werden kann. Das ist aber unmöglich. Und daher hat der Magistrat sehr wohl die Pflicht und Schuldigkeit, für Minderung und Beseitigung des gegenwärtigen Zustands zu sorgen. Daß Stadtrat Münsterberg eine Keuperung wie die mitgeteilte gekonnt hat, fällt uns schwer zu glauben. Wohl aber sind wir der Meinung, daß man sonst in maßgebenden Kreisen der in sozialen Angelegenheiten so sehr beliebten Vogel „Strauch-Politik“ weiter nachleben möchte. Das aber muß verhindert werden.

**Zur Wohnungsnot** äußert sich die „Post. Ztg.“: Die Wohnungsnot in Berlin ist tatsächlich noch größer, als aus der Ueberfüllung des städtischen Obdachlosers angenommen wurde. Es giebt hier außer den offiziellen Obdachlosen zahlreiche Familien, denen es nicht gelungen ist, am 1. Oktober ein Unterkommen zu finden, und die ihre Möbel teils in Speichern, teils auf Landbesitzungen untergebracht haben, während die Familienmitglieder zerstreut bei Bekannten oder Verwandten vorläufig Unterkunft fanden. Es ist anzunehmen, daß augenblicklich in Berlin noch über 3000 Personen, die in der Lage wären, ein eigenes Heim zu unterhalten, sich wohnungslos befinden.

**Eine Vergnügung.** Die Blätter berichten: Einem Gefangenen in Plöhensee, namens Karl Schirrmann, der 1870 vor Reich wegen Feigheit vor dem Feinde und thätlichen Angriffs auf einen Vorgesetzten von einem Kriegsgericht zum Tode verurteilt, aber von Kaiser Wilhelm I. zu lebenslänglicher Festungshaft begnadigt worden war, ist jetzt vom Kaiser der Rest der Strafe erlassen worden. Schirrmann war nach seiner Verurteilung ins Militärgefängnis in Spandau eingeliefert, von dort aber nach ein paar Jahren schon einer Irrenanstalt überliefert worden. Aus dieser wurde er nach ein, zwei Jahren als geheilt entlassen. Seitdem hat er in Plöhensee eine Reihe von Strafen abgedient, die ihm die bürgerlichen Gerichte zudiktieren hatten. Im Februar 1899 erinnerten sich die Militärbehörden wiederum an ihn, er wurde verhaftet, und, da nach der inzwischen in Kraft getretenen neuen Justizordnung die Gefängnisstrafe der Festungshaft gleichgestellt wird, am 22. Februar in Plöhensee zur Verbüßung seiner Strafe eingeliefert. Dort wurde von den Gefängnisbeamten festgestellt, daß er an chronischem Jresinn leide. Die Gefängnisverwaltung erstattete Bericht an General-Auditeur Jitenbach, und auf dessen Verwendung hat Kaiser Wilhelm S. den Rest der Strafe erlassen. Ursprünglich seines Zeichens ein Töpfer, hat Schirrmann in den letzten Jahren als Harmonikaspieler sein Leben geföhrt.

Ob niemand der Gedanke gekommen ist, daß der Unglückliche auch schon 1870, als er zum Tode verurteilt wurde, geistig unzurechnungsfähig gewesen sein könnte?

**Der unter dem Verdacht des Mords an der Frau M. Kerger** verhaftete Klempner Richard Müller leugnet noch hartnäckig die That, verwirft sich aber dabei immer mehr in Widersprüche. Gestern vormittag wurde er zwei Zeugen gegenüber gestellt, die bekunden haben, daß sie nach 8 Uhr nachts gesehen haben, wie Müller mit der Kerger engumschlungen von der Chauffeestraße nach der Schulendorferstraße 7 gegangen und dort in der Thürmische stehen geblieben ist. Zwei Zeuginnen haben ausgesagt, daß sie ihn mit der Kerger ebenfalls engumschlungen durch die Lindower Straße gehend bemerkt und darüber Glossen gemacht haben. Müller bestritt dieses und bleibt jetzt dabei, daß er vor dem Asyl in der Wiesenstraße genächtigt habe, wobei ihm unbekannt das Portemonnaie mit seinem Gelde gestohlen hätten. Das Portemonnaie fand man aber bei ihm vor. Bei der Durchsuchung seiner Kleider wurden an einer blauen Arbeitsbluse, einem Hemd und einem Halstuch Waisfäden vorgefunden. Danach befragt, erklärte Müller, die Fäden führten von Rosenbluten her, das er am Sonntagabend in der Werkstatt gehabt habe. Sein Arbeitsgenosse bestritt aber dieses ganz bestimmt und will nicht das geringste davon bemerkt haben. Müller, ein großer, magerer Mensch, mit starkem Schnurrbart und buschigen Augenbrauen, sieht bedeutend älter aus, als er ist. Trotzdem die Zeugen ihm auf den Kopf zusagen, daß er die Unwahrheit sage, bleibt er verstockt bei seiner Aussage, die er dann nach geraumer Weile ändert. Gestern nachmittag wurde Müller dem Untersuchungsrichter vom Landgericht I vorgeführt. Die ausgesetzte Verlobung von 1000 M. wird gutem Vernehmen nach unter die beteiligten Beamten, die Müller ermittelt haben, verteilt werden, sobald seine Schuld erwiesen worden ist.

Müller mußte auch der Vernehmung beiwohnen, gab aber dabei keine Spur der Erregung zu erkennen. Alle Angaben, die Müller bisher zu seiner Entlastung machte, sind ihm widerlegt worden. Rosenbluten, durch das er die Blutfäden in seinen Kleidungsstücken zu erklären sucht, wollte er häufiger gehabt haben. Seine Mitarbeiter in der Klempnerei haben davon jedoch niemals etwas wahrgenommen, obwohl sie ihn genau kannten, da er mit kurzen Unterbrechungen längere Zeit mit ihnen zusammen gearbeitet hat. Die Gezellen, auf deren Zeugnis er sich in dieser Vernehmung ausdrücklich berief, ließen ihn daher vollständig im Stich. Entgegen seinen Angaben befinden sie auch, daß er ihnen gegenüber auch niemals von seinem Rosenbluten gesprochen hat. Vier Zeugen, die sich gegenseitig nicht kennen, widerlegen auch Müllers Erzählung von seinem Aufenthalt am Asyl. Sie wurden Müller einzeln gegenüber gestellt und erkannten ihn mit Bestimmtheit als den Mann wieder, den sie mit Frau Kerger in fester Umklammerung in die Thürmische des Hauses Schulendorferstraße hineingehen sahen.

**Selbstmord im Untersuchungsgefängnis.** Wegen versuchten Totschlags, Bedrohung und Widerstands gegen die Staatsgewalt sollte gestern vor dem Schwurgericht des Landgerichts I gegen den Schankwirt Theodor Woltke verhandelt werden. Wie erinnerlich sein wird, hatte Woltke sich an einem Juli-Abend in der Fischerstraße gelegentlich einer Bierreise grober Ausschreitungen schuldig gemacht, sich dabei eines Revolvers bedient und einen Sergeanten ziemlich erheblich verwundet. Nachdem die Sitzung eröffnet worden war, machte der Vorliegende den Prozeßbeteiligten die Mitteilung, daß eine Verhandlung nicht stattfinden könne, da der Angeklagte sich am Abend zuvor im Untersuchungsgefängnis erhängt habe. Die Sitzung mußte deshalb aufgehoben werden.

**Zwei Garde-Dräger in einer Sandgrube verschüttet.** Ein schwerer Unfall, dem ein junges Menschenleben zum Opfer fiel, während ein zweites noch in Gefahr schwebt, ereignete sich Mittwoch nachmittag 4 1/2 Uhr in der Hasenheide. Von den alten Schießständen gegenüber dem Militär-Richthof wird seit Jahren der zur Ausbesserung der Reithäfen benötigte Sand von den verschiedenen Kavallerie-Regimentern geholt. Obgleich nun dieses Material in Hülle und Fülle vorhanden ist, werden von den beorderten Soldaten tiefe Gruben gegraben, um den in größerer Tiefe lagernden weichen Sand zu erhalten. So hatten auch gestern Soldaten des 2. Garde-Dräger-Regiments aus einer oben etwa 10 Meter im Durchmesser haltenden Grube bereits eine große Quantität weichen Sand ausgekauft, als eine Wand nachgab und in sich zusammenstürzte. Die beiden in dem Loch grabenden Soldaten der ersten Schwadron, Lemmchen und Hartzsch, wurden dabei vollständig verschüttet. Etwa dreißig ihrer Kameraden machten sich sofort an ihre Befreiung und holten auch nach etwa fünf Minuten den Lemmchen hervor. Er wies keine Lebenszeichen auf, doch gelang es den Samaritern der in mehreren Zügen herbeigeleiteten Feuerwehr nach einer Viertelstunde, ihn ins Leben zurückzurufen, worauf er nach der Kammer geschafft wurde. Weit größere Schwierigkeiten machte es, den zweiten Verschütteten zu befreien, da er auf der Sohle der wohl 5 Meter tiefen Grube gestanden hatte. Zudem war das Erdreich bei der Ausgrabung des ersten Verschütteten noch nachgerodet. Erst nach fast einer halben Stunde stiegen die Feuerwehmannschaften auf den leblosen Körper. Die angestellten Wiederbelebungsversuche blieben hier erfolglos. Velde Verunglückten dienten im dritten Jahr.

**Mitglieder und Freunde der Deutschen Gesellschaft für völkerrätische Naturkunde** hatten sich im Bürgeraal des Rathauses eingefunden, um dem Experimental-Vortrag des Herrn Professor G. Amberg über: „Die Lehre vom Schall und von den musikalischen Tönen“ beizuwohnen. In verständlicher Weise wußte der Vortragende durch eine Reihe glänzender Experimente seine Zuhörer in das Wesen des Schalls einzuföhren; besonders interessant gestaltete sich der sonst selten gezeigte physikalische Versuch, auf optischem Wege die dem Ohr völlig entgehenden feinsten Schwingungen und Schwingungsdifferenzen wahrnehmbar zu machen, ebenso wohl gelungen war das Veranschaulichen der Schwingungen an einem glühenden Platindraht, das sichtbarwerden der Knotenpunkte in Orgelpfeifen durch Erhitzen kleiner Gasflämmchen, sowie die Demonstration der schwebeligen Klangfiguren. Große Heiterkeit erregten zum Schluß die Versuche mit den singenden Flammen, die durch Anblasen mittels Tönen verschiedener oder gleicher Wellenlänge zum Schmelzen und Wiedererlösen veranlaßt und durch rotierende Spiegel in eine Anzahl zusammenhängender Flammendbilder zerlegt wurden, nicht minder die empfindliche Flamme, die auf das leiseste Geräusch reagierte, sowie das pfeifende Telephon. Aufsehender Beifall wurde dem überaus anregenden Vortrag zu teil.

**Aus den Nachbarorten.**

**Steglitz.** Die am 18. d. Mts. stattgehabte Erziehungswahl zur Gemeindevertretung im II. Bezirk der 3. Abteilung hatte folgendes Ergebnis: Zähler Adolf Ansel (Soz.) 147 Stimmen, Prof. Dr. Wendeler (Wittmachs) 209 Stimmen, Kaufmann Klaffenbach (Haus- und Grundbesitzerverein) 40 Stimmen.

**Johannisdahl.** Der Bau des zum 1. April nächsten Jahres erforderlichen Schulgebäudes hat durch das Verbalten einzelner Gemeindevorsteher eine abnormale Verzögerung erlitten. Nachdem diese Angelegenheit bereits die Gemeindevertretung seit zwei Jahren beschäftigt, wurde vor einiger Zeit ein Antrag des Genossen Mann angenommen, der verlangte, daß an Stelle des durch mehrere Umbauten zu vergrößerten jetzigen Schulgebäudes nur ein Neubau von 8 Klassen hergestellt und bei Bedarf in einem andern Teil des Orts ein weiteres Schulgebäude errichtet werde. In der nächsten Sitzung wurde aus Sparmaßregeln ein Antrag Knappe angenommen, nur 4 Klassen zu bauen, da diese bis zum Jahr 1903 ausreichen würden. In der letzten Sitzung aber ist auch dieser Antrag und zwar von denselben Herren umgestoßen und beschloffen worden, den Bau von acht Klassen vorzunehmen. Nun hat aber der Gemeindevorsteher nur wegen einer Anleihe in Höhe von 2000 M. die nötigen Schritte unternommen, so daß wegen der Aufnahme von weiteren 15000 M., welche durch Annahme des letzteren Antrags erforderlich sind, der Bau abermals verzögert wird. Ob der Bau nun noch zur bestimmten Zeit fertig wird, ist sehr fraglich. — Auf eine Anfrage des Genossen Mann, ob der Gemeindevorstand wegen der Aufhebung des Beschlusses, nach welchem die Feiliger gezwungen werden sollen ihre Bürgerseige pflastern zu lassen, nicht weitere Schritte unternehmen wolle, wird die Begebau-Kommission nochmals bei den betreffenden Beamten vorstellig werden. — Ferner soll der Gemeindevorstand nochmals bei dem Lokal-Schulinspektor vorstellig werden, damit der Konfirmanden-Unterricht im Ort erteilt wird und die Kinder nicht gezwungen sind, nach dem dreiviertel Stunden entfernten Rudow zu gehen. — Durch die Ausführungen des Herrn v. Trübschler in einer öffentlichen Versammlung fühlten sich die Herren Knappe, Krich, Schmidt, Entschladen, Rahlberg, Ostwald und der Gemeindevorsteher Herr Schulz beleidigt. Sie wollen deshalb klagen. Vergeblich wiesen die Vertreter Rahlberg, Trübschler und Mann auf das Unpassende dieses Vorgehens hin. Der Antrag Knappe, der Gemeindevorstand möge die nötigen Schritte veranlassen, wurde mit 7 gegen 3 Stimmen angenommen.

**Aus Rudow.** In betwühlosem Zustande wurde am Dienstag nachmittag vor dem Grundstück Berlinerstr. 33 ein dem Arbeiterstande angehöriger unbekannter Mann aufgefunden. Er wurde nach der städtischen Krankenanstalt an der Cannerstraße gebracht, wo er bald nach der Entlieferung verstarb, ohne zuvor das Bewußtsein wieder erlangt zu haben. Keuere Verletzungen waren an dem Unbekannten, der ca. 30 Jahre alt sein mag, nicht wahrnehmbar. Es ist daher polizeilicherseits zur Feststellung der Todesursache die Sektion der Leiche angeordnet worden. Der Unbekannte ist 1,85 Meter groß, hat glattrasiertes Gesicht, kurzgeschorenes Haar, war mit einem granulierten Jackettanzug und schwarzer Weste bekleidet und trug neue Schafstiefeln sowie einen weichen schwarzen Filzhut.

**Bräuwarenmarkt** vom 17. Oktober. Der Weizenmarkt hatte heute etwas festere Tendenz zu verzeichnen. Infolge der Steigerung der Weizenpreise an der gestrigen New Yorker Börse hielten sich die Abgeber zurück. Das Gewicht war sehr still, vorübergehend kostete es fast vollständig. Vorkaufspreise für Weizen und Roggen waren durchweg um 0,50 M. höher. Späterhin waren die beiden Brottarifen auf größere Roggenzufuhren leicht abgeschwächt. Daher war still und behauptet. Röhrl zog an Paris um 0,30 M. an. Von der Decapitierung wurden 10000 Liter zu 48 M. oder um 40 Pf. niedriger gehandelt.





